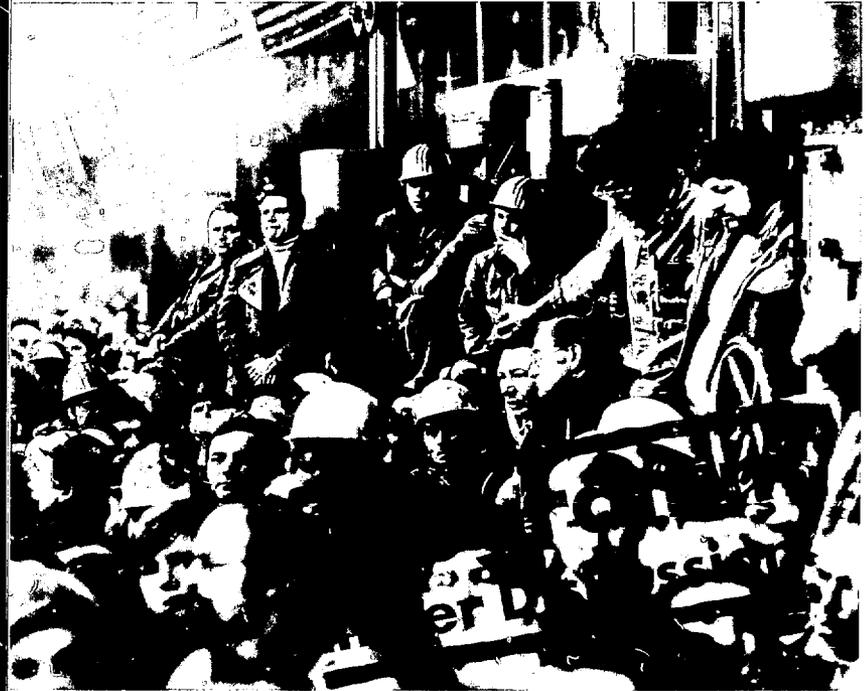
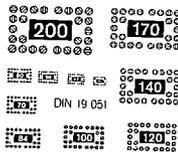


# Demokratisierung der Wirtschaft



Programmwerkstatt im Erich-Ollenhauer-Haus

**SPD**



# Inhalt

## A) Die Leitlinien des Irseer Programmentwurfs

Dr. Christoph Zöpel, Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr in NRW, Mitglied der Programmkommission

3

## B) Auf dem Wege zu einer demokratischen Wirtschaftsordnung

Ernst Breit, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

6

Dr. Klaus Murmann, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

Prof. Dr. Friedhelm Farthmann, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion in NRW

Dr. Anne-Rose Iber-Schade, Vorsitzende der Vereinigung von Unternehmerinnen

Moderation: Dr. Petra Lid-schreiber

## C) Arbeitsgruppen

### I. Betriebsverfassung und Mitbestimmung

Dr. Rolf Thüsing, Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

19

Christiane Eckhardt, Mitglied des Bundesvorstandes der ASF

Richard Heller, Gesamtbetriebsratsvorsitzender der Adam Opel AG

## II. Vermögensbeteiligung

Ursula Kunitzer, Mitglied des Bundesvorstandes der DAG

21

Philip Rosenthal, Kommunikationsbeauftragter beim SPD-Parteivorstand

Prof. Dr. Hermann Josef Wallraff SJ, Hochschule St. Georgen

Moderation: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

## III. Neue Formen des Wirtschaftens

Michael Kubatzki, Fa. GBI (Wuseltronic), Berlin

24

Heinz Kruse, Dezernent für gewerbliche Wirtschaft beim Regierungspräsidenten in Arnsberg

Michael Müller, MdB

Moderation: Dr. Sigrud Skarpelis-Sperk, MdB

## D) Zusammenfassung der Diskussion

Hans-Ulrich Klose, Schatzmeister der SPD, Mitglied der Programmkommission

26

Moderation: Ilse Brusis, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB

# Die Leitlinien des Irseer Programmentwurfs

## Dr. Christoph Zöpel

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde,

... Meine Aufgabe ist es nun, kurz darzustellen, was im Irseer-Entwurf über demokratische Wirtschaftsordnung steht, und vielleicht Akzente zu setzen, hinsichtlich der Fragen, was vertieft, modifiziert, geändert, akzentuiert werden sollte.

Die Vorstellung einer demokratischen Wirtschaftsordnung, so wie sie die SPD zu erarbeiten sucht, enthält zwei Grundelemente. Sie will die **zielorientierte Effizienz des Wirtschaftens mit dem Prinzip der Demokratie verbinden**.

Dabei meint „**zielorientierte Effizienz des Wirtschaftens**“ zunächst: Steigerung des Wohlstandes und Befriedigung vieler unbegrenzter Bedürfnisse. Aber dieser engere Zweck des Wirtschaftens muß korrigiert werden um die Ziele der Vollbeschäftigung, der Verteilungsgerechtigkeit und des ökologischen Gleichgewichts.

Das „**Prinzip Demokratie**“ besagt im Kern, daß unberechtigte Vorteile der Mitwirkung in Staat und Gesellschaft abgebaut werden und gleichberechtigte Mitwirkung aller gesichert wird. Eine solche Wirtschaftsordnung, die diese beiden Elemente zu verbinden sucht, nämlich die Effizienz des Wirtschaftens und das Prinzip Demokratie, verbindet gleichzeitig die Steuerungsmittel von **Markt und Staat** miteinander. Und sie verbindet sie, indem sie den Versuch macht, die Vorteile beider zu nutzen und die Nachteile zu verhindern.

Die unbestrittenen Vorteile des Marktes sind,

— daß er ein Steuerungsprinzip darstellt, das die unübersehbaren Handlungswünsche und -entsprechende Handlungselemente vieler einzelner verbindet,

— daß er eine Antriebskraft zu wirtschaftlichem und technischem Fortschritt darstellt, zu der es sicher keine bessere Alternative gibt,

— daß er schließlich eine dezentrale Koordination verschiedenster Motive und Wünsche gewährleistet.



Christoph Zöpel

Auf der anderen Seite ist unter dem Stichwort „**Marktversagen**“ über die Nachteile des Marktes nachzudenken. Zu nennen wären hier die der Marktwirtschaft innewohnenden Tendenzen zur Konzentration, die Vernachlässigung von Kollektivbedürfnissen, die Bewertung von Leistungen ausschließlich nach ihrem Marktpreis, die Verschleuderung von natürlichen und sozialen Ressourcen, die immer wiederkehrenden Beschäftigungskrisen.

Die Vorteile des Staates sind, daß er, demokratisch verfaßt, Einzelbedürfnisse weit übergreifende gesellschaftliche Ziele formulieren und entsprechende Maßnahmen gestalten kann. Das setzt allerdings voraus, daß man sich darauf

verständigt, einen starken und handlungsfähigen Staat zu wollen.

Genau so zu diskutieren ist allerdings das Versagen des Staates: Staatsversagen kann sich vor allem festmachen in den Problemen der Bürokratie und in einer Selbstüberforderung des Staates bei den Zielen, die er sich setzt, der Begriff des Verantwortungsimperialismus des Staates sollte dabei diskutiert werden.

Herauszuarbeiten sind sowohl der Nutzen und die Vorteile der Steuerungsmöglichkeiten „**Markt**“ und „**Staat**“, aber auch die Tatsache, daß „**Markt**“ wie „**Staat**“ versagen können.

Das Prinzip Demokratie habe ich allgemein zu definieren versucht. Wenden wir es auf die Wirtschaft an, so ist es konkretisierbar einmal als Abwehr von Vermachtung und zweitens als Sicherung der Mitwirkung der Arbeitnehmer.

Der Frage der **Vermachtung von Wirtschaft** widmet die Sozialdemokratie seit langem große kämpferische Aufmerksamkeit. In ihrem Programmentwurf sieht sie das Phänomen und Problem der Macht in der Wirtschaft in dreierlei Hinsicht gegeben:

— Als **Marktmacht** — hiergegen hilft am besten ein effizienter und tatsächlich wirkender Wettbewerb.

— Als **Herrschaftsmacht** — hiergegen brauchen wir die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften.

— Als **Umsetzung von wirtschaftlicher in politische Macht** — hierzu sind die Antworten eine verstärkte Kontrolle möglichen Machtmißbrauchs, insbesondere in den Bereichen der Banken und der Versicherungen; wenn es keinen anderen Weg der Vermeidung unerträglicher Umsetzung von wirtschaftlicher in politische Macht gibt, kann das Gemeineigentum bedeuten.

Der Begrenzung wirtschaftlicher Macht kann auch die Förderung aller, und sich wieder erneuernder, Formen unternehmerischer Tätigkeit dienen, nämlich der Genossenschaften.

Mittelpunkt einer demokratischen Wirtschaftsordnung wird aber das Wirken der Unternehmen im wirtschaftlichen Prozeß bleiben, gerade wenn die Tendenzen wirtschaftlicher Macht begrenzt werden können. Das Wirken der Unter-



C89-1548

nehmen aber bedarf unter dem Gedanken der Demokratie seiner Erfüllung durch die Mitbestimmung. Mitbestimmung erfordert eine Unternehmensverfassung, die den Vorrang des Kapitals vor der Arbeit aufhebt. Sie muß erfolgen am Arbeitsplatz, im Betrieb, im Unternehmen. Auf der Ebene der Unternehmen stellen wir uns die vollparitätische Mitbestimmung vor. Auf jeder Stufe, am Arbeitsplatz, im Betrieb, in den Unternehmen, kommt den gewählten Betriebsräten eine wesentliche Rolle für funktionsfähige Unternehmen und damit auch für eine funktionsfähige Wirtschaft zu.

Zur Verwirklichung der Demokratie in den Unternehmen gehört auch die **Vermögensbildung**. Sozialdemokraten meinen, daß ohne eine Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen Wirtschaftsdemokratie nicht voll verwirklicht ist. Das ergibt sich aus unserer Eigentumsverfassung, die dem Eigentümer das wesentliche Verfügungsrecht einräumt. Wir stellen uns Vermögensbildung in Form einer tarifvertraglich vereinbarten überbetrieblichen Fondslösung vor.

Mit diesen beiden Demokratieelementen, die in die Unternehmensverfassung eingebaut werden müssen, sind aber die Aufgaben des Unternehmens bei der Gestaltung des Wirtschaftslebens in einer spezifisch demokratischen Wirtschaftsordnung noch nicht erschöpft. Bevor wir darüber nachdenken, welche Aufgaben dem Staat im Rahmen seiner Gestaltungsaufgaben zukommen, scheint es mir wesentlich zu sein, darüber nachzudenken, welche wirtschaftlichen Ziele im Unternehmen selbst mitberücksichtigt und mitbedacht werden müssen.

Und ich meine, wir sollten über eine **Unternehmensverfassung** nachdenken, in der die von mir eingangs genannten Ziele – Vollbeschäftigung, Verteilungsgerechtigkeit und vor allem ökologisches Gleichgewicht – mit eingehen in die unternehmerische Planung. Je mehr an Beschäftigungssicherung und Vermeidung von Umweltschäden im unternehmerischen Handeln selbst umgesetzt wird, um so weniger ist es nötig, daß der Staat entsprechende Gestaltungsaufgaben wahrnimmt. Hier liegt die wesentliche Verknüpfung der notwendigen Gestaltungsaufgaben des Staates mit den Möglichkeiten der Unternehmensverfassung: Je mehr es ge-

lingt, die oben genannten Ziele – Vollbeschäftigung, Verteilungsgerechtigkeit, ökologisches Gleichgewicht – unmittelbar in den Unternehmen als entscheidungsrelevant wirksam werden zu lassen, umso weniger sind darauf gerichtete staatliche Maßnahmen erforderlich und angebracht.

Damit wäre ich bei den **Gestaltungsaufgaben des Staates**. Die wesentliche Voraussetzung dafür, die von mir genannten gesamtwirtschaftlichen Ziele verfolgen zu können, ist, daß eine größere Publizität gesellschaftsbestimmender unternehmerischer Tätigkeit erreicht wird. Wenn ich einen aktuellen Bezug herstellen darf: Was wir in diesen Wochen in der Bundesrepublik in der Stahlindustrie erleben, ist neben allen materiellen Problemen der Betroffenen, auch das Problem, daß es nicht gelungen ist, eine ausreichende Transparenz unternehmerischer Entwicklungen zu vermitteln, die dem Staat erst die Chance gibt, sich bei der Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme rechtzeitig einzuschalten. Eine Voraussetzung für die Wahrnehmung demokratisch legitimer Gestaltungsaufgaben des Staates ist eine verstärkte Publizität insbesondere im Bereich der Unternehmensplanung.

Sozialdemokraten halten eine staatliche Rahmenplanung für erforderlich. Wir meinen, daß über diese Vorstellung vorurteilsfrei, unter der Berücksichtigung der Vorteile für alle, diskutiert werden sollte. Unstreitig handelt es – wenn er es vernünftig tut – plant der Staat in außerordentlich vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Die erste Voraussetzung für staatliche Rahmenplanung wäre damit eine einschätzbare, transparente Übersicht über das eigene Handeln des Staates. Der Staat muß die Voraussetzung dafür bieten, daß sich alle darauf einstellen können, welche Auswirkungen staatliches Handeln auf unternehmerisches und sonstiges privates Handeln hat. Die Beispiele dafür zu finden ist einfach: Der Staatshaushalt hat vom Volumen her wie in jedem Einzelbereich, insbesondere im Bereich der Investitionen, außerordentlich viele Auswirkungen auf unternehmerisches Handeln.

Rahmenplanung kann sich institutionell nicht darauf beschränken, daß sie vom Staat im engeren Sinne vorgenommen wird, sondern sie ist eine gesamtpolitische Aufgabe – gemäß einem Politik-

verständnis, das davon ausgeht, daß jeder, der über seine eigenen Interessen hinaus gesellschaftsbezogen handelt, auch politisch handelt. Und dieses Prinzip erfordert die Beteiligung sowohl der Unternehmer wie der Arbeitnehmer an staatlicher Rahmenplanung. Wenn wir den Begriff der Wirtschafts- und Sozialräte dafür wählen, ist es ein Begriff, der lange eingeführt ist und der unter heutigen Bedingungen der Praxis angepaßt werden muß.

Planung vollzieht sich, wie jeder weiß, mit Instrumenten. Die wesentlichen Instrumente des Staates sind Rechtssetzung und Finanzen. Die Rechtssetzung will ich hier nur erwähnen. Einige Bemerkungen mehr aber will ich über die Auslagen des Programms zur **staatlichen Finanzpolitik** machen. Der Entwurf des Programms setzt hier Prioritäten, die langfristig, aber auch aktuell von Bedeutung sind. Die Prioritäten hinsichtlich staatlicher Finanzpolitik lauten: Der Staat muß erstens dafür sorgen, daß er seine notwendigen Aufgaben auch finanziell erfüllen kann; dabei möchte ich eines unterstreichen: die zur Zeit am meisten in Frage gestellte Aufgabe des Staates ist seine Aufgabe als Infrastrukturstaat. Wenn der Staat den Umfang seiner Aufgaben und den sich daraus ergebenden Finanzbedarf als gegeben ansieht, stellt sich zweitens das Problem der gerechten Ausgestaltung des Steuersystems. Das kann auch bedeuten, daß Steuerbelastungen reduziert werden. Drittens ist auch das Prinzip wirtschaftlicher Effizienz im Steuersystem zu beachten.

Bei dem Zusammenhang zwischen staatlicher Aufgabenerfüllung und Steuersystem spielt ferner eine Rolle, daß der Staat durch die Gestaltung des Steuersystems nicht nur seine Einnahmen beeinflußt, sondern auch die Bildung von Preisen in der privaten Wirtschaft und damit den marktwirtschaftlichen Entscheidungsprozeß. Aufgabenerfüllung des Staates kann somit in manchen Bereichen über die Gestaltung der Einnahmen erfolgen.

Damit wäre das Postulat und wären die Instrumente demokratischer Gestaltung der Wirtschaft dargestellt. Wir müssen uns nur über eins klar sein: Eine solche Diskussion läuft leer und wird auch niemanden begeistern, wenn sie ohne Inhalt, d. h. ohne konkrete Zukunftswürfe, erfolgt. Wirtschaftsdemokratie als Prinzip ist wichtig, aber Demokratie

als Gestaltungsaufgabe ist immer auf ein Wofür, auf konkrete Ziele auszurichten.

Hier enthält der Entwurf einige wichtige Aussagen dazu, was Sozialdemokraten von der **langfristigen Entwicklung der Wirtschaft in der Bundesrepublik, und in Europa**, erwarten. Wir glauben, daß es realistisch ist, in den nächsten Jahrzehnten mit geringeren Raten des wirtschaftlichen Wachstums zu rechnen als es aus den 50er und 60er Jahren gewohnt sind. Dies ist schon ein logisches Problem. Auf einer hohen Basis des Sozialprodukts sind hohe Zuwachsraten viel schwieriger zu erzielen, als auf einer niedrigen. Wir nehmen an, daß die Steigerung der Produktivität nicht nachlassen wird, daß der technisch-wissenschaftliche Fortschritt weiter ohne Begrenzungen wächst. Aus beidem ergibt sich logisch – geringere Raten des Wachstums, aber weiter hohe Steigerungsraten der Produktivität – daß wir zu einer kürzeren gesamtgesellschaftli-

chen Arbeitszeit kommen müssen. Der 6-Stunden-Tag als eine Vorstellung der nächsten Jahrzehnte sei ausdrücklich genannt.

Eine solche Entwicklung, wie ich sie beskizziert, stellt uns vor wesentliche und teilweise noch nicht aufgearbeitete **verteilungspolitische Herausforderungen**. Die wichtigste dabei ist die Sicherung des Systems der sozialen Sicherung, vor allem angesichts der tiefgreifenden demographischen Veränderungen – mehr alte und weniger junge Menschen –, die in den nächsten Jahren auf uns zukommen. Es ist zum zweiten die Frage der verteilungspolitischen Auswirkungen der Finanzierung der ökologischen Erneuerung unserer Gesellschaft. Schließlich werden wir uns über eins klar werden müssen: Langsamer steigende Realeinkommen bei gleichzeitig kürzerer Arbeitszeit führen uns zu der Frage: Sind diese langsamer steigenden Realeinkommen gerecht verteilt oder: brauchen wir eine andere Verteilung dieser Ein-

kommen auch über den klassischen Verteilungsgesetz von Kapital und Arbeit hinaus?

Wer in diesen Perspektiven eher Fragwürdiges oder keine Begeisterung erweckendes sieht, der sollte sich daran erinnern, daß wir diese Entwicklung von dem Sockel einer sehr reichen und wohlhabenden Gesellschaft aus anstreben können. Die Angebote einer solchen Entwicklung sind, daß wir Gestaltung, demokratische Gestaltung der Wirtschaft brauchen, um eine bessere Lebensqualität zu erreichen, um ein ökologisches Gleichgewicht wieder herzustellen, um die Befriedigung mit Gemeinschaftsgütern anders als bisher zu erreichen. Schließlich sollte man die uneingeschränkte positive, die menschlichen Handlungsmöglichkeiten großartig erweiterte Chance der Arbeitszeitverkürzung erkennen, nämlich daß der einzelne mehr Zeit für sich selbst und die Befriedigung aller seiner Bedürfnisse hat.

# Auf dem Wege zu einer demokratischen Wirtschaftsordnung

Podiumsdiskussion mit Plenum

## Ernst Breit

Die Demokratisierung der Wirtschaft ist ein Ziel der Sozialdemokraten wie der Gewerkschaften.

Ein solches Ziel zu formulieren, heißt zu unterstellen, daß die Art und Weise wie wir wirtschaften, nicht demokratisch ist — oder zumindest nicht so demokratisch organisiert, wie sie sein könnte.

Ein solches Ziel zu formulieren bedeutet aber auch, daß wir eine demokratische Organisation unserer Wirtschaft für möglich und sinnvoll halten.

Das heißt: Wir gehen davon aus, daß die Grundregeln der politischen Demokratie — Macht zu begrenzen und zu kontrollieren und die Ausübung von Macht von der Zustimmung derer abhängig zu machen, die ihr unterworfen sind — auf die Wirtschaft übertragen werden können.

Die Fragestellung so definiert, macht deutlich, welche gewaltige Aufgabe wir uns vorgenommen haben.

**Es geht um nichts weiter, als die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel, die in einem kapitalistisch verfaßten Wirtschaftssystem aus dem Eigentum abgeleitet wird, so zu begrenzen, daß die Richtung der wirtschaftlichen Entwicklung, die Struktur unseres Wirtschaftens, die Verteilung seiner Ergebnisse von der Mehrheit der Bevölkerung bestimmt werden.**

Ausgangspunkt dieser Überlegungen ist nicht der Versuch, in die grundgesetzlich geschützte Verfügungsmacht über das Eigentum einzugreifen, sondern in die mit dem Eigentum an Produktionsmitteln verbundene Verfügungsmacht über Menschen, gemeinhin als Arbeitnehmer bezeichnet.

Hier spielt der nicht nur theoretische Interessenkonflikt zwischen Eigentums-

schutz, Sozialpflichtigkeit und Grundrechten eine entscheidende Rolle. Mit der Benennung dieser Faktoren wird aber auch die Kompliziertheit dieser Thematik deutlich.

Unsere Verfassung ist für entsprechende Regelungen nicht nur offen, sie verlangt sie geradezu.

Wenn ich das Grundratsprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes, das wir 1981 beschlossen haben, mit dem Irseer Entwurf vergleiche, der in dieser oder in ähnlicher Form rund 10 Jahre später beschlossen werden soll, dann kann ich zwischen uns — der SPD und den Gewerkschaften — viele Gemeinsamkeiten erkennen. Deswegen sind vielleicht die unterschiedlichen Nuancen von besonderem Interesse:

— Wir gehen gemeinsam davon aus, daß der **Markt als Steuerungsprinzip** unserer Wirtschaft unentbehrlich ist. In dem Irseer Entwurf wird der berührt gewordene Satz des Godesberger Programms — „Soviel Wettbewerb wie möglich, soviel Planung wie nötig.“ — ausdrücklich bestätigt.

In diesem Grundrats stimmen wir überein. Wir stimmen außerdem darin überein, daß die Gesamtrichtung der wirtschaftlichen Entwicklung durch eine staatliche Rahmenplanung beeinflußt werden muß.

Wir Gewerkschaften wollen allerdings mit einer Investitionslenkung, die wir in unserem Grundratsprogramm definieren, einen Schritt weitergehen. Wir stellen die Frage, wie wir den Strukturwandel bei Kohle und Stahl — um nur die auffälligsten Probleme zu nennen — sozial erträglich, regional ausgewogen und wirtschaftlich sinnvoll steuern wollen, wenn wir nicht auch Einfluß auf das Investitionsverhalten der Unternehmen nehmen?

— Wir stimmen auch darin überein, daß das **Gewicht der Steuer-**

**und Finanzpolitik** noch zunehmen wird, weil die Bewältigung moderner Entwicklungen ohne verstärkte staatliche Einflüsse kaum möglich erscheint.

Darum sollte sie — das haben wir gerade in den letzten Jahren immer wieder deutlich gemacht — neben dem Gesichtspunkt der sozialen Gerechtigkeit — die offensichtlich nicht zu den wichtigen Zielsetzungen dieser Bundesregierung gehört — vor allem den Gesichtspunkt berücksichtigen, daß sie — richtig verwendet — eines der wirksamsten Instrumente zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen sein könnte.

Besondere Sympathie genießt bei mir die Forderung — die wir noch nicht so deutlich formuliert haben — daß reinvestierte Gewinne gegenüber ausgeschütteten Gewinnen zu begünstigen sind.

Von solchen oder ähnlichen Überlegungen läßt sich diese Bundesregierung jedenfalls bisher nicht anfechten.

Sie betreibt hier auch eine unverhohlene Umverteilung von unten nach oben.

— Wir stimmen ferner darin überein, daß **wirtschaftliche Macht**, die immer zugleich auch politische Macht ist, wirksam kontrolliert werden muß — durch eine wirksame Wettbewerbsgesetzgebung, durch eine Begrenzung des Einflusses der Banken, z. B. dadurch, daß ihre Anteile an Unternehmen begrenzt werden, aber auch durch eine Stärkung der Gewerkschaften und nicht zuletzt durch Vermögensbildung und Mitbestimmung.

Zu dem letzten Punkt — zur **Mitbestimmung** der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften — möchte ich noch ein paar Worte sagen, weil ich mitunter schon den Eindruck habe, daß hier die Nuancen am deutlichsten sind.

Es geht nicht nur darum, die Arbeitnehmer an den wirtschaftlichen, sozialen und personellen Entscheidungen, die ihre Belange unmittelbar berühren, zu beteiligen, um die Vertretung ihrer Interessen in institutionelle Bahnen zu leiten.

Es geht nach unserer Auffassung im Kern darum, die sozialen und beruflichen Interessen der Arbeitnehmer im engeren Sinne, die arbeitsmarktpolitischen, regionalen und ökologischen Gesichtspunkte im weiteren Sinne in die

Unternehmenspolitik zu integrieren und sie mit den betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten im Rahmen des Möglichen zum Ausgleich zu bringen. Das verlangen wir z. B. in Rheinhausen.

Jede Mitbestimmungsregelung, die den Arbeitnehmern eine gleiche Zahl von Sitzen und Stimmen in den Aufsichtsräten vornehmlich oder die das Letztentscheidungsrecht der Hauptversammlung vorbehält, verdient ihren Namen nicht.

Es geht auch nicht nur darum, den einzelnen Arbeitnehmervertretern in den Mitbestimmungsorganen Mitverantwortung für unternehmerische Entscheidungen zu übertragen.

Es kann keinen Zweifel daran geben, daß sich die Arbeitnehmervertreter dieser Verantwortung bewußt sind und mit ihr behutsam umgehen.

Sie wissen aber auch, daß sie als einzelne wenig bewirken. Es muß also darum gehen, ihre Organisation — die Gewerkschaften —, die ihnen den Rücken stärkt und Gleichgewichtigkeit zu verschaffen in der Lage sein kann, ebenfalls unmittelbar verantwortlich zu beteiligen. ...

Es geht vor allem darum, durch differenzierte Formen der Mitbestimmung auf allen Ebenen — um Arbeitsplatz, im Betrieb und Unternehmen sowie in der Gesamtwirtschaft — so maßgebliche Faktoren der Existenzgrundlage des einzelnen Arbeitnehmers wie das berufliche Können, die Arbeitsmotivation und den Gestaltungswillen der Arbeitnehmer zu fördern und zu nutzen und damit zu stärken.

## Klaus Murmann

Sie haben das Thema nicht nur treffend, sondern auch geschickt formuliert:

— Demokratie ist unsere politische Gesellschaftsordnung. Eine bessere gibt es nicht.

— Die Zielsetzung „Demokratisierung der Wirtschaft“ klingt jedenfalls fortschrittlich. — Ob Sie Fortschritt mit sich bringen würde, muß kritisch hinterfragt werden.

Sie haben mich ja nicht zu dieser Programm-Werkstatt eingeladen, um uneingeschränkte Zustimmung zum Irseer Entwurf für ein neues Grundratsprogramm der SPD zu hören.

Ich kann mir vorstellen, daß Sie Widerspruch von mir erwarten. — Darin will ich Sie auch nicht enttäuschen.

1959 hat sich die SPD mit ihrem Godesberger-Programm aus der Enge einer Weltanschauungspartei befreit, indem sie sich auch zu den Ordnungsprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft bekannte.

Wer den Irseer-Entwurf liest, stellt sich allerdings die Frage:

**Wie hält es die SPD heute mit dem Bekenntnis zum Privateigentum und welchen Stellenwert nimmt die Soziale Markt-**

und in zu weitgehende Mitbestimmungsregelungen.

Peter Glotz hat Ende vergangenen Jahres in einem bemerkenswerten Aufsatz über die Malaise der Linken folgenden Satz geschrieben:

„Die Linke kann den Kapitalismus ruhig Kapitalismus nennen, aber sie muß die lebensentscheidende Bedeutung unternehmender Unternehmen für jede Ökonomie auch innerlich akzeptieren.“

Genau das aber läßt der Programmentwurf vermissen:



v.l.n.r. Friedhelm Fortmann, Anne-Rose Iber-Schade, Petra Lidschreiber, Klaus Murmann, Ernst Breit

**wirtschaft als wirtschaftspolitisches Ordnungssystem unserer Gesellschaft ein?**

Während die SPD sich vor dreißig Jahren in ihrem Godesberger Programm nach ausdrücklich dazu bekannte, daß „das private Eigentum an Produktionsmitteln Anspruch auf Schutz und Förderung hat“, kann ich im Irseer-Entwurf ein solches Bekenntnis zum privaten Eigentum nicht mehr wiederfinden.

Die SPD singt zwar ein Loblied auf den innovativen Unternehmer, aber sie zwingt ihn zugleich in das Korsett der von ihr geforderten strukturellen Leistungs- und Steuerungsmechanismen

— Dort ist von einer Politik des ausgewählten Wachstums die Rede;

— Von einer vorausschauenden, sorgsam planenden Politik, die die Entwicklung steuern muß.

Wörtlich: „Es bedarf einer staatlichen Rahmenplanung ... Wo politische Entscheidungen getroffen werden, was wachsen und was schrumpfen soll, müssen der Wirtschaft klare Rahmenbedingungen vorgegeben werden ... Die Gewerkschaften sind am Planungsprozeß zu beteiligen.“

Ich vermissen die Unternehmer!

Zugespielt und provokatorisch formuliert heißt das: **Im Vordergrund der neuen Konzeption steht die Verdrängung des Marktes durch Funktionswirtschaft und Staatsdirigismus.**

Der zur Diskussion stehende Programm-entwurf macht eine neue Maxime deutlich:

Tatsächlich geht es nicht mehr um „soviel Wettbewerb wie möglich und soviel Planung wie nötig“. Die Formel lautet vielmehr, „Soviel Planung wie möglich und nur soviel Wettbewerb wie unbedingt nötig.“

Professor Farthmann hat die ordnungspolitische Richtung, die die SPD verfolgt, immer wieder unmissverständlich deutlich gemacht, wenn er davon spricht, die „Wirtschaft zu organisieren“.

Wer aber Inhalt und Art der Produktion gestalten will, wie Herr Rau es im Wahlkampf formuliert hat, der muß den risikotragenden Unternehmer durch einen beamteten Investitionsplaner ersetzen.

Der Staat nimmt dann nicht mehr die ordnungspolitische Rolle des Schiedsrichters wahr, sondern wird selbst Spielmacher. — Dann entscheidet er über den Spielablauf. Sie trauen ihm offensichtlich zu, daß er weiß, was für uns alle in welcher Menge gut oder schlecht ist.

Führt aber ein planender und voraussehender, regulierender und eingreifender Staatsapparat nicht in die entgegengesetzte Richtung?

Ein System, in dem Arbeit und Kapital, Menschen und Maschinen je nach gesellschaftspolitischer Zielvorgabe koordiniert werden, läßt zu wenig Raum für Kreativität, Risiko und Selbstbestimmung. Wir hätten nicht mehr, sondern weniger Demokratie.

**Der Begriff „Wirtschaftsdemokratie“ ist bei Lichte betrachtet ein falsches Etikett:**

— Denn nach Ihren Vorstellungen sollen ja weder diejenigen, für die letztlich Güter produziert werden, ihre Delegierten in die entscheidenden staatlichen Planungsgremien wählen können;

— noch würde wirtschaftliche Macht dezentralisiert werden;

— noch würden Entscheidungsrechte und Verantwortung, mit der dazugehörigen Haftung, verknüpft werden.

Damit keine Mißverständnisse entstehen: Ich habe mich immer für eine **sinnvolle Mitbestimmung** ausgesprochen und eingesetzt. Wir haben im Vergleich zu anderen Industrienationen das weitestgehende Mitbestimmungssystem.

Mitbestimmung findet statt — alltäglich in den Betrieben auf den verschiedensten Ebenen. Aber Mitbestimmung muß eingebettet bleiben in unsere marktwirtschaftliche Ordnung, die eine dezentrale, auf dem privaten Eigentum und der persönlichen Verantwortung beruhende Wirtschaftsordnung ist.

**Private Vielfalt ist besser als öffentliche Einheit!** Persönliche Risikobereitschaft ist produktiver, gerechter und auch sozialer als kollektive Unverbindlichkeit!

Der Irsee-Entwurf will aber genau das letztere. Dort wird der Ausbau der Mitbestimmung gefordert bis hin zur vollen Parität in den Aufsichtsorganen und zur direkten Vertretung in den Geschäftsführungen. Auch sollen sogar Wirtschafts- und Sozialräte in die Entscheidungsabläufe miteinbezogen werden.

Ich bin der Meinung, daß ein solches Konzept nicht mehr mit unserem bewährten System der Sozialen Marktwirtschaft in Einklang steht.

Es geht nicht darum, den Staat gegen den Markt, oder den Markt gegen den Staat auszuspielen. Es geht um das richtige Gleichgewicht. Ich bin der Auffassung, daß wir immer noch zu viel Staat, zu viel Kollektivismus, zu viel Regulierung haben.

Der frühere SPD-Finanzminister von Nordrhein-Westfalen, Prof. Halstenberg, sagte einmal: „Der Wettbewerb ist intelligenter als die Bürokratie.“

Das ist in der Tat auch meine Meinung.

Wettbewerb ist nur in einem offenen, freien Markt möglich. Deshalb ist die Soziale Marktwirtschaft die unserer demokratischen politischen Ordnung entsprechende ökonomische Ordnung. Der Markt ist an sich demokratisch, weil er täglich, ja stündlich die Menschen darüber entscheiden läßt, was sie zu welchen Kosten produziert wird.

**Aufgabe des Staates** ist es, die Funktionsbedingungen der Marktwirtschaft zu garantieren, günstige Rahmenbedingungen für Investitionen und Innovationen zu schaffen, echten Leistungswettbewerb zu ermöglichen und solche — aber auch nur solche — gesellschaftspolitischen Aufgaben gesetzgeberisch angehen, die der Markt und der Wettbewerb allein nicht in sozial akzeptabler Weise bewältigen können.

Aber ohne Privateigentum an den Produktionsmitteln kann es keine funktionierende Marktwirtschaft geben. Eigentum bedeutet aber nicht nur Besitz. Eigentum ist die Voraussetzung für Entscheidungsfreiheit, die gleichzeitig eine Verpflichtung darstellt.

Nur wer für seine Entscheidungen haftend eintreten muß, kann und sollte auch aus Eigentum Rechte ableiten.

Deshalb spreche ich mich eindeutig gegen eine Mitbestimmungsregelung aus, in der das Letztentscheidungsrecht des Eigentums nicht voll gewährleistet ist.

Die **Erfahrungen** beispielsweise mit der **Montan-Mitbestimmung** sehen ja nicht gerade ermutigend aus:

— Blockbildung im Aufsichtsrat, Entscheidungsverzögerungen und sachlich nicht gerechtfertigte Kompromisse haben notwendige Anpassungsprozesse verzögert und bisweilen sogar verhindert.

— Der Strukturwandel wird gehemmt, was zur Folge hat, daß sich ökonomisch erforderliche Entscheidungen nur mit großen Reibungsverlusten und verstärkten Problemen für die betroffenen Arbeitnehmer durchsetzen lassen.

— Auch den sozialen Frieden — und das war eine der Begründungen für dieses Mitbestimmungsmodell — konnte die Montan-Mitbestimmung, wie dies in den letzten Wochen erkennbar wurde, nicht sicherstellen.

— Dagegen haben andere Branchen, etwa die Textilindustrie, ähnlich einschneidende Anpassungsprozesse in den letzten Jahren mit Erfolg durchgestanden — und das ohne paritätische Mitbestimmung.

Ich sehe auch keinen Grund, warum die bestehenden betrieblichen Mitbestimmungsregelungen einer Erweiterung bedürfen. Mitbestimmung — auch bei

neuen Technologien — ist selbstverständlich ein integrierter Bestandteil jeder betrieblichen Personalführung.

Wir erfahren, daß überall dort, wo die bestehenden Mitbestimmungsmöglichkeiten positiv für die Arbeitnehmer genutzt werden, in der Regel auch keine ersten Differenzen zwischen Unternehmensleitung und Belegschaft bestehen.

Ich plädiere deshalb dringend für eine Entideologisierung dieses Themas und statt dessen für einen kooperativen Gebrauch der bestehenden Möglichkeiten.

Mitbestimmung läßt sich sicherlich noch in der betrieblichen Praxis verbessern. Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes oder vor der Überforderung durch neue Technologien kann nur durch rechtzeitige umfassende Information der Arbeitnehmer und in Zusammenarbeit mit den Betriebsräten vermieden werden. Dafür werbe ich besonders auch bei meinen Unternehmerkollegen.

Die Arbeitnehmer wollen praxisnahe, betriebsnahe Lösungen. Diese bestätigt auch eine gewerkschaftliche Inf-fas-Studie zum Bewußtseinswandel der Arbeitnehmer: Während die Forderung nach allgemeiner Mitbestimmung in der Wirtschaft kaum auf Resonanz stieß, sprachen sich nahezu 90% der Befragten positiv für eine Mitbestimmung ihrer Arbeitsplatzbedingungen aus.

Lassen Sie mich es noch einmal deutlich sagen: Ich bin für eine pragmatische, betriebsnahe Mitbestimmung, die dem einzelnen an seinem Arbeitsplatz dient und nicht für kollektive Gremien, die sich aus Regierungsgräten und Funktionsräten zusammensetzen.

Auf einem anderen Gebiet, der **Vermögensbildung und Vermögensbeteiligung** der Arbeitnehmer, sehe ich allerdings noch viele Entwicklungschancen.

Wir müssen und werden hier auch neue Anstöße geben. Die Arbeitnehmer sollten sich in weit größerem Maße am Produktivkapital beteiligen. Und hierfür müssen die geeigneten Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Aber auch für die Vermögenspolitik muß gelten, daß allein die individuelle Vermögensbildung gefördert werden sollte.

Ich halte es auch für richtig und sinnvoll, es weiterhin in Tarifvertragsparteien zu überlassen, wie die vermögenswirk-

samen Leistungen aufgebracht werden können. Aber über ihre Verwendung soll und muß der Arbeitnehmer frei entscheiden können.

Andererseits muß es auch der freien Entscheidung des Arbeitgebers überlassen bleiben, ob und in welcher Form er betriebliche Beteiligungen seinen Mitarbeitern anbieten will.

Meine Damen und Herren, ich halte den Weg der Beteiligung an Vermögen und damit an Verantwortung für den Erfolgsergebnis. Der Weg einer verantwortungslosen Mitbestimmung hingegen macht unsere Unternehmen nicht wettbewerbsfähiger und unsere Arbeitsplätze nicht sicherer.

Weil ich hinter dieser Position stehe, stelle ich mich heute vor sie.

Diese Programmdiskussion heute, ist ein glaubwürdiger Ansatz demokratischer Meinungsbildung.

Ich hoffe, wünsche mir, daß auch kritische Elemente der heutigen Diskussion aufgenommen werden.

## Friedhelm Farthmann

Für mich stehen der Markt und der Wettbewerb nicht zur Debatte. Die Frage ist nur, wie auch Herr Murrmann eben gesagt hat, inwieweit man Eingriffe und Beschränkungen gestattet.

Die **Mitbestimmung** ist sicherlich ein solcher Eingriff. Wenn man über Mitbestimmung redet, empfiehlt es sich zunächst, die verschiedenen Ebenen der Mitbestimmung zu unterscheiden, denn es gibt sehr unterschiedliche Zielrichtungen und Wirkungsweisen in der Mitbestimmung.

Ich beginne mit der **Mitbestimmung in der Unternehmensspitze**. Sie ist in den letzten Jahren in eine ernsthafte Krise geraten. Einmal, weil die Montanmitbestimmung mehr und mehr schrumpft. Gerade jetzt werden einige zehntausend Arbeitnehmer dieser Mitbestimmung entzogen, indem ihre Arbeitsplätze beseitigt werden. Die Mitbestimmung befindet sich aber auch noch aus einem anderen Grund in einer tiefen Krise. Es wird den von Arbeitsplatzverlusten betroffenen Arbeitnehmern nämlich deutlich, daß die Montanmitbestimmung ihnen in ihrer Not relativ wenig helfen kann. In Rheinhausen ist ja

offenbar niemand geneigt zu sagen: „Mein Gott, das lassen wir ruhig auf uns zu kommen, wir haben ja die paritätische Mitbestimmung, und noch haben die mitbestimmten Gremien nicht entschieden. Sicher ist, daß uns nichts passieren kann.“ Im Gegenteil: Die Arbeitnehmer wissen, daß ihr Arbeitsplatz genau deshalb ist, als wenn es keine paritätische Mitbestimmung gäbe.

Das zeigt, daß man die paritätische Mitbestimmung auf ihren Kern zurückführen muß, der darin besteht, daß sie in erster Linie die Legitimation unternehmerischer Entscheidungen betrifft, nicht aber ein anderes Verhalten des Unternehmens am Markt bewirkt. Thyssen kann sich am Markt nicht anders verhalten als Bayer oder Opel. Dazu wäre eine andere Wirtschaftsordnung nötig. Deshalb ist es auch unrealistisch und muß zu Enttäuschungen und Rückschlägen für die Mitbestimmung führen, wenn man sie mit Erwartungen befrachtet, die sie nicht erfüllen kann. Die Mitbestimmung kann nicht Produktionsstrukturen aufrechterhalten, die der Markt nicht mehr gestattet. Sie kann deshalb auch nicht Arbeitsplätze künstlich erhalten. Sie kann vielleicht beim Übergang den sozialen Gesichtspunkt stärker betonen, aber das stellt im Grunde genommen nur eine Verschiebung des Problems dar.

Und deshalb müssen wir uns fragen: **Wollen wir in einer demokratischen Wirtschaft eine demokratische Legitimation auch unternehmerischer Leitungsmacht, oder wollen wir das nicht?** Im Kapitalismus werden die unternehmerischen Führungsfunktionen, die Vorstände großer Unternehmen, ausschließlich vom Kapital eingestuzt, kontrolliert und aberbrauen. In den kommunistischen Systemen des Ostblocks bestimmen der Staat oder die alles beherrschende Partei, wer Unternehmensleiter wird. Staat und Partei kontrollieren die Funktionäre und berufen sie gegebenenfalls auch wieder ab. Die paritätische Mitbestimmung versucht einen mittleren Weg zwischen Kapitalismus und Staatswirtschaft zu gehen, indem sie sagt: Zur Erzielung des Produktionsergebnisses gehören Kapital und Arbeit, und wenn wir uns zu demokratischen Leistungsfunktionen bekennen, dann müssen sich diese beiden Produktionsfaktoren gleichberechtigt in die unternehmerische Leitungsmacht teilen. Das heißt im Klar-

text: Wir wollen nichts daran ändern, daß Unternehmensverbände auch in Zukunft Macht über Menschen haben. Aber wir wollen, daß diese unternehmerische Leitungsmacht demokratisch legitimiert ist, das heißt, daß sie genau wie im demokratischen Staat nur auf Zeit eingesetzt wird, daß sie jederzeit kontrollierbar und entziehbar ist, wenn das Vertrauen nicht mehr gegeben ist. Aber an diesem Legitimationsprozeß muß die Arbeitnehmererschaft genauso beteiligt werden wie das Kapital. Das ist für mich das entscheidende Anliegen. Wenn man die paritätische Mitbestimmung auf dieses wichtige Anliegen reduziert, kann es auch keine Entäu-

dann von beiden Seiten legitimiert. Das ist für mich der Kerngedanke der paritätischen Mitbestimmung auf Unternehmensebene.

Unterhalb der Montanmitbestimmung gibt es die **Mitbestimmung auf der betrieblichen Ebene**. Wir wissen, daß selbst demokratisch legitimierte Stadt-, Landes- oder Bundesverwaltungen im Einzelfall nicht gegen unternehmerische Willkür gefeit sind. Deswegen benötigen die Arbeitnehmer in betrieblichen Alltag Schutz vor unternehmerischer Willkür — ob da oben eine demokratisch gewählte Stadtverwaltung steht oder ein Einzelunternehmer,

gesetzlich von 1972 den Modernisierungsprozeß nicht erkannt und nicht genügend berücksichtigt hat. Ich meine deshalb, daß wir bei der Einführung neuer Techniken und neuer Arbeitsbedingungen die Mitsprache- und Informationsmöglichkeiten der Betriebsräte verbessern müssen.

Das Zweite ist ein Punkt, der vielleicht auch auf den Widerstand der Gewerkschaften stößt: Wenn wir uns moderne Industrien ansehen, Computerfirmen und dergleichen, fällt auf, daß sich die Belegschaftsstruktur grundlegend gewandelt hat. Die Firma Nixdorf z. B. hat inzwischen, wenn ich richtig unterrichtet bin, 17.000 Beschäftigte; davon sind 10.000 nicht mehr in der Produktion, sondern im Verkauf sowie in der Beratung draußen vor Ort tätig. Ich glaube, daß für solche Strukturen das Betriebsverfassungsgesetz, das nur eine kollektive Mitbestimmung für den Gesamtbetrieb kennt, nicht mehr ausreicht. Hier müssen wir Mitbestimmungsmöglichkeiten bei den einzelnen Leistungseinheiten schaffen, die sehr unterschiedlich sein können. Ich wäre dafür, die Möglichkeit zur Wahl von Bereichs- oder Gruppenrepräsentanten durch Betriebsvereinbarungen oder Tarifverträge zu regeln, und zwar möglichst elastisch, möglichst anpassungsfähig, um auf diese Weise Mitberatungs- und Informationsrechte zu schaffen. Der Betriebsrat muß dabei jederzeit die Möglichkeit haben, das Anliegen der jeweiligen Gruppe an sich zu ziehen und letztendlich zu entscheiden, damit es nicht zu einem Gegeneinander innerhalb der betrieblichen Arbeitnehmervertretung kommen kann. Ich meine, eine solche Lösung könnte die Betriebsverfassung mit zusätzlichem Leben erfüllen und den immer wieder geäußerten Wunsch der Arbeitnehmer auf Mitgestaltung ihres unmittelbaren Arbeitsbereichs befriedigen helfen.

Schließlich wird — und das ist auch von meinen Vorrednern angesprochen worden — eine dritte Mitbestimmungsebene diskutiert, nämlich die **Mitbestimmung im staatlichen Bereich**, also die Schaffung von Wirtschafts- oder Sozialräten. Ich sage dazu ganz offen: Den von den Gewerkschaften geforderten Räten kann ich wenig abgewinnen. Sie hätten entweder nichts zu sagen — dann wären sie sinnlos. Hätten sie aber etwas zu sagen, dann tangierten sie die demokratische Verfassung, weil sie mit den demokratisch gewählten Organen kollidierten. Denn es kann ja wohl nicht

gestaltet sein, daß die Selbstbestimmung des Volkes durch Mitbestimmungsrechte von Gruppen eingeschränkt wird. Deshalb glaube ich nicht, daß mit der Schaffung von Räten viel Positives bewirkt würde. Ich habe selbst ein paar Jahre dem beratenden Ausschuß der Montanunion angehört. Das war ein Gremium — ich glaube, das erste —, das es nach dem Kriege in Europa gegeben hat. Aus dieser Zeit führt meine Skepsis gegenüber Wirtschafts- und Sozialräten, und wenn ich mir heute den Wirtschafts- und Sozialausschuß in Brüssel ansehe, dann kann ich nicht sehr viel Effektivität erkennen. Es ist allerdings nicht zu bezweifeln, daß die Eigentümerseite mit den Kammern öffentlich-rechtliche Körperschaften besitzt, die erhebliche Einwirkungsmöglichkeiten haben. Deshalb muß es entweder eine paritätische Besetzung der Kammern durch Arbeitnehmer und Eigentümer geben, oder der öffentlich-rechtliche Status muß aufgehoben werden. Jedenfalls halte ich es für falsch, daß das Gruppeninteresse der Eigentümer sich in öffentlich-rechtlich verfaßten Institutionen artikulieren kann. Nach meiner Meinung wäre es deshalb der Schaffung von Wirtschafts- oder Sozialräten vorzuziehen, die überbetriebliche Mitbestimmung bei den Kammern durchzusetzen.

Hinzu kommt, daß die Kammern die wichtige Aufgabe der Berufsausbildung wahrnehmen: es wäre nicht mehr als recht und billig, wenn auch der Arbeitnehmer hierbei gleichberechtigt mitwirken könnten.

Wenn ich jetzt noch zur **Vermögensbildung** gefragt werde, dann möchte ich antworten: Wir haben immer die tarifliche Regelung der Vermögensbildung gefordert. Das halte ich weiterhin für richtig, weil wir alle seit hundert Jahren wissen, daß individuelle Regelungen für 25 Millionen Beschäftigte keine wirkliche Änderung herbeiführen. Durchgreifende Änderungen sind nur auf dem Wege kollektiver Regelungen möglich. Alle, die das nicht sehen oder nicht sehen wollen, sind realitätsfern.

Trotzdem habe ich Bedenken, ob die diskutierten Fonds durchsetzbar sind. Denn jedermann muß sich über eines klar sein: Wenn wir — was ich für richtig halte — in der gesamten Wirtschaft zu einer absoluten Parität wie in der Montanmitbestimmung kämen, und wenn wir dann noch Fonds einrichteten, die all-

mählich auch Einfluß erhielten — sonst wären sie ja sinnlos —, dann wäre unsere Wirtschaftsordnung kaputt. Dann spielten die Kapitalisten nicht mehr mit — um das einmal so auszudrücken. Man kann eine andere Wirtschaftsordnung wollen, die keine marktwirtschaftliche und keine kapitalistische mehr ist, dann gibt es aber einfachere und klarere, aufreichtigere Wege. Dann muß von Verstaatlichung oder Vergesellschaftung fordern. Aber durch die Hintertür „Mitbestimmung plus Fonds“ die Kapitalisten zu kippen, ist meines Erachtens nicht realistisch. Deswegen glaube ich, daß diese Vermögensfonds, wenn sie denn ein kollektiv verwaltetes Mitbestimmungsrecht haben und als Bestandteil der Kapitalseite in die Hauptversammlungen einziehen sollen, die Forderungen nach Mitbestimmung in den Unternehmen konkreter machen würden. Die Mitbestimmungsforderungen und die Forderungen nach Vermögensbildung hebeln sich also gegenseitig aus. Das ist auch der Grund dafür, daß wir in dieser Angelegenheit in den letzten Jahrzehnten keinen Schritt weiter gekommen sind. Ich glaube deshalb, daß Vermögensbildung im Grunde nur zu realisieren ist, wenn wir weiter durch rechtliche und steuerliche Anreize die Privatkapitalbildung des Einzelnen fördern. Inwieweit er davon Gebrauch macht, wäre dann seine Sache. Ich bin durchaus skeptisch, ob die Aktie ein richtiges Anlagepapier, ob sie nicht mehr ein Spekulationspapier ist, das man im Kapitalismus auch entsprechend handhaben muß. In diesem Falle wäre sie aber nichts für den kleinen Mann, und man sollte den Aktienkauf auch nicht propagieren und damit einfache Menschen ins Unglück stürzen. Ich habe beispielsweise nicht die Absicht, eine Mark für eine Aktie auszugeben, weil ich das für mich nicht bejage, aber das mag jeder selbst entscheiden.

Wenn wir die Vermögensbildung realistisch voranbringen wollen, kann es im Grunde nur auf dem Wege geschehen, daß man sie steuerlich fördert und anregt, vielleicht sogar durch Beteiligungsformen für Nicht-Aktiengesellschaften. Aber mehr als eine individuelle Kapitalbildung wird es nicht geben.

### Anne-Rose Iber-Schade

Programme haben immer den Vorzug, das sie Idealzustände voraussetzen und in die Tat umsetzen wollen. Dieser

Gedanke kam mir auch, als ich die Programm-Punkte in Ihrem Irseer-Programm las. Spontane Ausprägungen haben dazu m. E. den Vorzug, sich nicht auf allzu theoretische Abwege zu begeben und ich werde sicher im gleichen Sinne, wie Herr Murmann, zu Ihnen sprechen. Aber ich habe ein paar Punkte herausgegriffen, die mir interessant erschienen. Denn ich kann mich immerhin aus der Erfahrung einer seit den 50er Jahren dotierten Tätigkeit in der Unternehmensleitung eines mittelgroßen Betriebes äußern und ich bin eigentlich der Ansicht, daß es keines Weges, nicht keineswegs sondern seines Weges, zu einer demokratischen Wirtschaftsordnung mehr bedarf, sondern daß wir sie verwirklicht haben.

Wer sich an 30–40 Jahre zurück erinnert, was vielleicht nicht alle hier können, und an die Schritte, die auf dem Wege der Demokratisierung im Wirtschaftsleben beschritten wurden, kann sich fragen, was ist auf dem Weg zu einer solchen **demokratischen Wirtschaftsordnung** noch zu tun? Markt und Staat werden hier gegenübergestellt und mehr Staat gefordert, das, so heißt es wörtlich, „der Markt schafft und zerstört“. Daß aber diese hier so bezeichnete Zerstörung eigentlich besser Veränderung heißt und Basis und Ausgangspunkt der Neuerung, der Innovation ist, wird, so habe ich es jedenfalls gelesen, nicht berücksichtigt. An dieser Stelle wird auch der Staat als größter Auftraggeber zitiert. Und hier wäre es nach meiner Meinung richtig, dem Staat Aufgaben abzunehmen, um sie in sinnvollere und effizientere privatwirtschaftliche Bereiche zu bringen. In welche, darüber kann man diskutieren.

Die zweite Überschrift lautet: Gegen **Vermachtung**. Die Vermachtung soll die „Herrschaftsmacht des Kapitals“, so steht es, über den Menschen sein. Abgesehen davon, daß man über ihr Bestehen anderer Meinung sein kann, soll sie durch Gegenmacht der Gewerkschaften geschwächt werden. Dazu nur ein Satz als Kontraargument. Macht durch Macht begrenzen und durch Gesetze zu verhindern zu versuchen, führt nur zu Einbußen des generellen Planes durch den Staat oder einer Ersatzinstitution, und verhindert alle notwendigen Entfaltungsmöglichkeiten.

Der dritte Schritt auf dem Irseer-Weg zur Demokratisierung heißt **Mitbestimmung**. Darüber wurde ja schon



Kann Mitbestimmung Betriebsanstellungen verhindern?

schungen und keine Rückschläge geben.

Ich halte diese Form der Mitbestimmung auch für ein entscheidendes Kriterium einer wirklich demokratisierten Wirtschaft. Selbst der Hinweis der Anteilseignerseite auf höchste Qualitätsanforderungen kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß heute 50 bis 60 Großaktionäre und ein halbes Dutzend Banken darüber entscheiden, wer an die Schalttafel unserer Großunternehmen kommt. Ich bin der Meinung, daß daran die Beschäftigten durch ihre Repräsentanten gleichberechtigt beteiligt werden müssen. Die Unternehmer wären

macht keinen prinzipiellen Unterschied. Deswegen gehen wir alle selbstverständlich davon aus, daß die Arbeitnehmer im Alltag durch Betriebsräte, im öffentlichen Dienst durch Personalräte, geschützt werden müssen. Dies ist heute durch das Betriebsverfassungsgesetz in der Privatwirtschaft und durch die Personalvertretungsgesetze des Bundes und der Länder einigermaßen vernünftig geregelt. Ich kann nicht erkennen, daß es in dieser Hinsicht prinzipielle Änderungen geben müßte.

Gegenwärtig sehe ich nur zwei Punkte, die verbesserungswürdig wären. Das eine ist, daß das Betriebsverfassungs-

hier von allen auf dem Podium etwas gesagt. Es müsse nach meiner Meinung lauten: Mehr Mitbestimmung, denn Mitbestimmung haben wir. Was heißt denn Mitbestimmung, was ist das Ziel? Es kann doch nur darin bestehen, allen Mitarbeiter umfassende Informationen zu geben, über das Unternehmen, in dem sie tätig sind, ihnen Zufriedenheit am Arbeitsplatz zu verschaffen. Was auch immer das heißt, von Humanisierung bis zu adäquater Entlohnung und Entgelt und als 3. Ziel den Arbeitsplatz zu sichern. Sind diese Ziele durch partizipative Mitbestimmung sicherer erreichbar? Das wurde von meinen Vorrednern schon auch im Hinblick auf die Monatsmitbestimmung sehr bezweifelt. Ich muß an dieser Stelle sagen, die Entscheidungsfreiheit, die Handlungsmöglichkeit des Unternehmens im Unternehmen muß in dem jetzigen Rahmen erhalten bleiben. Weitere einschneidende Beschränkungen reduzieren die Motivation und engen die Arbeit, die ja im Unternehmen bestehen soll und nicht in unlassen, so ein, daß Marktwirtschaft nicht mehr vollziehbar ist.

Das Betriebsverfassungsgesetz in seiner ursprünglichen Form und die Novellierung von 1972 hat eine Fülle von Fakten geschaffen, die Ausdruck reifer Demokratie sind. Ich bezweifle nicht, Herr Farthmann, daß dort auch noch Modernisierungsmöglichkeiten gegeben sind. Ich denke, all solche Gesetze oder Vorschriften bedürfen immer wieder der Innovation und des Nachdenkens.

Nur, zur Auffrischung der Erinnerung, drei Beispiele von einschneidenden Änderungen im Betriebsverfassungsgesetz von 1972, die zur Demokratisierung im Betrieb im weitesten Rahmen geführt haben. Ich denke an den Wirtschaftsausschuß, der nur noch durch die vom Betriebsrat gewählten Mitarbeiter zu besetzen ist und monatlich über die Angelegenheiten des Unternehmens unterrichtet wird. Der mittelbare Einfluß der Gewerkschaften auf das betriebliche Geschehen ist durch weitere und erweiterte Mitwirkungs- und Überwachungsrechte garantiert. Der Katalog der Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte im Bereich der sozialen personellen und wirtschaftlichen Angelegenheiten wurde stark ausgeweitet.

Außerdem finde ich in Ihrem Programm punkte, so einleuchtend das eine oder andere mir ist, so sehr ich auch vielen

Gedanken zustimme, eifliches Widersprüchliches. Grundsätzlich entnehme ich den Darstellungen eine Bejahung der sozial verantwortbaren Marktwirtschaft. Diesem Grundgedanken steht es aber entgegen, immer mehr Planung, immer mehr staatliche Lenkung, zu fordern, was vielfach hervorgehoben wird. Es steht geschrieben, die realistisch planende Politik soll den Strukturwandel steuern. Ich glaube nicht, daß wir in eine derartige Misere der Landwirtschaft geraten wären, in eine Stahlkrise, wie sie sich heute zeigt, wenn nicht überall geplant worden wäre, statt einer Entwicklung marktwirtschaftlicher Kräfte freien Raum zu lassen.

Zu diesen **Fehlplanungen**, und das möchte ich betonen, zähle ich auch die ungebremsten Subventionen und die Finanzhilfen, die selbstverständlich nicht unserem Staat allein und auch nicht einer Partei allein zuschreiben sind. Viel Zustimmung gebe ich dem Satz: Wir denken in die Zukunft voraus, doch wollen wir sie nicht verplanen. Dem wird keiner widersprechen. Doch müssen solche Ideen mit realisierbaren Vorschlägen besetzt werden. Außerdem widersprechen die verstärkten Kontrollen, die mehrfach gefordert werden, den Entwicklungsmöglichkeiten in einer Marktwirtschaft. Zu diesen Kontrollmöglichkeiten zählt bekannterweise das GWB, das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung. Hier wünscht man eine globale Forderung nach Verschärfung, nach Verstärkung der Anwendung in etlichen Bereichen. Dem wird vorzuzüglich in einer anstehenden Kartellnovelle Rechnung getragen. Meine Meinung als Mitglied der Monopolkommission möchte ich derzeit nicht äußern, was Sie vielleicht verstehen werden. Nur grundsätzlich viel wichtiger als Einengungen, wären Deregulierungen und Abschaffung von Ausnahmehereichen statt neue per Gesetz zu schaffen. Es geht nicht um Macht und Gegenmacht aufzubauen, es geht um Schaffung von Möglichkeiten der marktwirtschaftlichen Entfaltung: damit wir auch zukünftig, und das ist m. E. hier noch zu wenig zum Ausdruck gekommen, auch internationalem Wettbewerb standhalten können.

In gleicher Zielrichtung ist die größtmögliche Unternehmensvielfalt zu sehen. Sie wird in Ihrem Programm als richtig angesehen, ebenso wie das notwendige Vorhandensein von Großun-

ternehmen. Aber um das zu erreichen und zu erhalten, besteht doch keine Notwendigkeit besonderer Förderung für kleine und mittlere Unternehmen. Und das sage ich bewußt, die ich hier ja als Vorsitzende der Vereinigung von Unternehmerinnen gerade nur mittlere und kleinere Unternehmen vertritt. Der marktwirtschaftliche Ordnungsraum fordert vielmehr einen Abbau von Privilegien für die Großindustrie, um für alle Unternehmen gleiche Bedingungen und gleiche Chancen zu garantieren. Was das im einzelnen heißt, auch darüber kann man diskutieren.

Drei Fragen zum Schluß. Sind die Attacken gegen ein Dienstleistungsabend, also eine Lockerung des Ladenschlußgesetzes Ausdruck demokratischer Spielregeln? Zweitens, ist die Aushöhlung der Tarifautonomie, zu der wir doch wohl alle stehen, durch geforderte staatliche Reglementierungen, z. B. einer neuen Arbeitszeitregelung ein Pluspunkt für die Demokratie? Drittens, ist Flexibilisierung in vielen Bereichen, in der Lohngestaltung, in der Schaffung neuer Teilzeitarbeitsplätze nicht etwas sehr demokratisches, weil sie von vielen Arbeitskräften, insbesondere von Frauen gefordert wird? Solche und verwandte Fragen ließen sich stellen. Ich möchte es dabei belassen. Es gibt, das hat auch Herr Murmann schon erwähnt, Untersuchungen über die Flexibilisierung der Arbeitszeit. Ich will nicht das heiße Thema Samstagsarbeit ansprechen. Es gibt auch Umfragen, die über die Mitsprache im Unternehmen gestellt worden sind und die eben auch ganz klar sagen, daß die Zufriedenheit mit dem Job in betrieblicher Partnerschaft doch bei einer Mehrzahl der Mitarbeiter gegeben ist. Diese Ergebnisse sprechen meiner Meinung nach für sich. Sie sprechen für echte Mitbestimmung im Betrieb. Allerdings, und das möchte ich betonen, nicht für eine erweiterte Fremdbestimmung, wie Sie in Ihrem Programm und auch von den Gewerkschaften gefordert wird.

**Beim Lesen des Inseer-Programms wächst bei mir die Angst, daß die Demokratie, die immer noch die beste aller möglichen Regierungsformen ist, das gilt auch auf betrieblicher Ebene, zum Demokratismus wird. Das heißt, zu einer Verbreitung des demokratischen Denkens und Handelns, das mehr Schaden als Nutzen bringen könnte.**

## Oskar Lafontaine

Ich will paradox beginnen. Ich spreche jetzt mal für das Unternehmerlager. Ich stehe hier vor Ihnen als Unternehmer. Das wird Sie überraschen, aber es entspricht der Wahrheit, denn ich führe ein Stahlunternehmen von der Anteilseignersseite – Saarstahl – und stehe in Konkurrenz zu anderen Stahlunternehmen, etwa zur Max-Hütte in Bayern. Da ist der Kollege Strauß, der, wenn man so will, derzeit die Unternehmerfunktion dort ausübt. Wir sind dabei, einem anderen Unternehmen, in dem ich wiederum Unternehmer zu spielen habe – den Lechstahlwerken – zu einer Lösung zu verhandeln. Ein anderes Stahlunternehmen, in dem der Bund Anteilseigner ist, verweigert die Mithilfe – der Solzgitlerkonzern –. Und dann haben wir die Unternehmen an der Ruhr, die anders strukturiert sind. Sie alle kennen das.

Ich will damit deutlich machen, daß Fehlentscheidungen nicht unbedingt gekoppelt sind an die Organisationen, etwa der Kapitalseite und an die Zuständigkeit für die Kapitalseite. Dann das, was wir an den Saar zu lösen haben, ist die Folge einer historischen Entwicklung. In großem Umfang waren private Anteilseigner völlig unfähig, diese Unternehmen zu führen. Die private Organisation bietet, insbesondere bei großen Einheiten, überhaupt nicht die Garantie dafür, daß die richtigen Entscheidungen getroffen werden. Dasselbe gilt natürlich auch für die Mitbestimmungsseite. Die Mitbestimmungsseite entscheidet einmal richtig und ist entscheidet auch oft total falsch. Manchmal ist man mit einem bestimmten Zeitabstand, – je nachdem wie die Marktentwicklung ist – klüger, als zum Zeitpunkt der Entscheidungsfindung.

Damit will ich zu einem ganz grundsätzlichen Problem unserer Gesellschaft führen. Zur Freiheit. Mir geht es darum, deutlich zu machen, daß die SPD die Partei der Freiheit ist. Nicht nur, weil sie dies historisch einmal allein unter Beweis gestellt hat, sondern weil sie den Freiheitsbegriff konsequent zu Ende denkt, d. h. Freiheit für alle. Und das ist Demokratisierung der Wirtschaft. Denn, wenn ich Freiheit definiere als Recht des Einzelnen, sein Leben sowie, wie möglich selbst zu bestimmen, dann kann ich damit nicht irgendwo aufhören, dann gilt das natürlich auch konsequent für den wirtschaftlichen Bereich. Wer dies nicht gelten läßt, ist der Freiheitsbe-

griff nicht verstanden. Das gilt für weite Teile der Konservativen. Und wenn man den Freiheitsbegriff konsequent realisieren will, d. h. jedem Mensch die Möglichkeit verschaffen will, sein Leben soweit wie irgend möglich selbst zu bestimmen, dann heißt dies konsequente Demokratisierung der Wirtschaft und Ausbau der Mitbestimmung. Die Ziele der französischen Revolution, Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, sind solange in unseren Industrieergesellschaften nicht realisiert, solange die Wirtschaft nicht demokratisiert ist.

## Philip Rosenthal

Bei Rosenthal haben wir die Mitbestimmung nach dem Gesetz von 1976. Diese Mitbestimmung hat unternehmerisch funktioniert, weil Arbeitnehmer, die informiert sind, sich eher bereit sind, notwendige Entscheidungen mitzutragen. Und umgedreht ist es für den Unternehmer auch nicht schlecht, wenn er Entscheidungen nicht allein treffen kann, sondern vor wichtigen Entscheidungen auch die Arbeitnehmer überzeugen muß. Deshalb ist die Mitbestimmung ein funktionierender Weg. Bei uns hat die Mitbestimmung sogar gewissermaßen unser Unternehmen gerettet. Denn zu einem Zeitpunkt, da eine große anonyme Macht die Mehrheit bei Rosenthal hatte, wollte man uns zwingen, ein Unternehmen zu kaufen, das keine Zukunft hatte. Wir wären fast pleite gewesen, wenn wir dieses Unternehmen hätten kaufen müssen. Und nur, weil im Aufsichtsrat die Arbeitnehmer und zwei Vertreter der Anteilseigner zusammen gestimmt haben, konnten wir die Gefahr abwenden.

## Hans Meinolf, Betriebsrat bei Mannesmann

Hier wird ja oft die Mitbestimmung angesprochen. Aber wenn man sie anspricht, hat man den unteren Bereich, nämlich die Betriebsräte etwas außen vor gelassen. In dem gesamten Entwurf kommt nicht einmal das Wort Betriebsräte vor, obwohl wir in der Mitbestimmung eine der wichtigsten Säulen sind.

Und nun kommt die Frage: In dem ständig man auch von Arbeitgeberseite hört, daß die individuellen Mitbestimmungsrechte der einzelnen Arbeitnehmer größer herausgestellt werden müs-

sen als die kollektiven. Ich persönlich möchte sagen, gerade das ist der Grund, worüber man sich streiten muß. Wie wäre Rheinhausen oder die Diskussion um Hattingsen gefahren, wenn wir nur die individuellen Arbeitnehmerfreiheitsrechte hätten, die natürlich notwendig sind. Aber ohne die kollektiven Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte gibt es keine individuellen Arbeitnehmerrechte vor Ort. Wer will die überhaupt machen, wenn nicht die Betriebsräte? Und wir gehen hier vor Ort von einer Auseinandersetzung aus, als wenn jeder Arbeitnehmer vor Ort seine Rechte dem Arbeitgeber gegenüber vertreten könnte, wie das nun zur Flexibilisierung der Arbeitszeit oder was es da sonst für schöne moderne Worte gibt. Ich darf hier für meine Version sprechen und ich glaube auch bestimmt für viele gewählte Betriebsräte. Und ich sage das manchmal auch so: Betriebsräte sind die einzigen, die sich alle drei Jahre vor Ort zur Wahl stellen und um das Vertrauen der Belegschaft werben, um dem Unternehmer gegenüber aufzutreten. Und von daher gehe ich davon aus, daß Betriebsräte, auch von der Legitimation her, für die Arbeitnehmer sprechen können und daß man hier keine individuellen, großsprachigen Worte für die individuellen Arbeitnehmerrechte braucht.

## Anne-Rose Iber-Schade

Es freut mich sehr, daß das Wort Betriebsräte hier jetzt einmal gefallen ist. Ich halte es für unwahrscheinlich wichtig, richtig, und für notwendig, daß jedes Unternehmen, unabhängig von seiner Größe und Struktur, einen Betriebsrat hat. Sie wissen das sicher selbst aber was mir bei der Diskussion hier heute fehlt ist, daß wir eigentlich immer nur von den Großbetrieben sprechen, während doch 60% aller Tätigen in Klein- und Mittelbetrieben sind. Und da haben die Betriebsräte eine wirklich sinnvolle Mitbestimmungsfunktion.

## Richard Löwenthal, Mitglied der Programmkommission

Es ist hier gesagt worden, daß wir eigentlich eine Demokratisierung der Wirtschaft seit langem haben und ich möchte darauf antworten, daß das insofern unmöglich ist, weil die Probleme, die zur Demokratisierung der Wirt-

schaft gehören, natürlich im Laufe von Jahrzehnten sich immer wieder verändern. Was wir seit dem Godesberger Programm haben, sind eine Reihe von neuen Problemen, in denen die notwendigen Maßnahmen der Demokratisierung der Wirtschaft nicht automatisch gelöst sind. Ich will jetzt nur auf zwei sehr akute Probleme hinweisen.

Das eine ist die Tatsache, daß es industrielle Methoden gibt, in deren Wirkung mehr Probleme liegen, als die ursprünglichen Entwickler dieser neuer Industrien haben wissen können. Ich meine natürlich die Nukleolarprobleme. Niemand hat, als diese Methoden entstanden, anfänglich gewußt, was die Probleme dabei sein würden und was für Gefahren daraus mitentstanden sind. Und es gibt infolgedessen heute ein völlig anderes Bewußtsein, ein begründetes Bewußtsein sowohl der Arbeitnehmer wie der politisch Denkenden überhaupt, darüber neue Fragen aufzuwerfen und neue Antworten zu finden. Ich will das jetzt gar nicht im einzelnen sagen. Aber das hier etwas ist, worfür man noch Demokratisierung braucht, das scheint mir ziemlich klar zu sein.

Das andere Beispiel ist die große Veränderung in der Art der Arbeitnehmer. Wir haben ja eine solche Veränderung in der Art der Arbeitnehmer durch die moderne Technik, daß in manchen Ländern die technischen Arten von Arbeitnehmern sich nicht in dem Sinne selbstverständlich als Arbeitnehmer fühlen, wie das unter den älteren Arbeitnehmern normal war. Als Folge davon ist der Einfluß der Arbeitnehmer in einer Reihe von Ländern erheblich und gefährlich zurückgegangen. Das gilt für die Vereinigten Staaten, das gilt für England, das gilt für Frankreich. Es gilt erfreulicherweise sehr viel weniger, aber teilweise doch auch für die Bundesrepublik Deutschland. Es gilt erstaunlich und erfreulich wenig für Schweden. Wir haben also ganz verschiedene neue Situationen und ich glaube, daß es für unsere Entwicklung in der Demokratisierung der Wirtschaft entscheidend ist, daß die bewußte Verbindung der verschiedenen Arten von Arbeitnehmern in einigen Punkten jetzt angefangen hat. Die neue Organisation der gemischten Industrie hat hier einen Anfang gemacht.

**Thomas Meyer,**  
Mitglied der Programmkommission

Meiner Meinung nach ist die Trennung zwischen Demokratisierung der Wirtschaft als Selbstzweck und Demokratisierung der Wirtschaft als Instrument, die hier vorgenommen ist, falsch. Der Grundsatz der Wirtschaftsdemokratie folgt aus dem Anspruch der Arbeitnehmer auf Selbstbestimmung und ist insofern für uns ein Selbstzweck. Das hat Oskar Lafontaine eben ausreichend und überzeugend dargestellt. Die Arbeitnehmer haben für die Gesamtheit ihrer Lebensbezüge einen Anspruch auf Freiheit und daher auf Mitbestimmung über alle Angelegenheiten, die ihr Leben betreffen. Zugleich ist für uns Wirtschaftsdemokratie aber auch das Instrument der gesamtgesellschaftlichen Entscheidung über die wirtschaftlichen Prozesse. Wirtschaftsdemokratie muß im einzelnen so organisiert werden, daß die Probleme, die der sich selbst überlassene Markt und die sich selbst überlassene Unternehmerfreiheit schaffen, im Interesse der ganzen Gesellschaft gelöst werden. Daher kommt es bei der Ausgestaltung von Wirtschaftsdemokratie darauf an, daß die Instrumente im einzelnen diesem Zweck angemessen sind. Es wäre gut, wenn die Organisationsformen der Wirtschaftsdemokratie im einzelnen im Hinblick auf die tatsächlichen Probleme, die der Markt heute schafft, diskutiert würden. Bei der Frage der Wirtschaftsdemokratie als Selbstzweck ist ja mit der Unternehmensebene ganz offensichtlich ein Interessens Gegensatz. Aber auch die Unternehmer müssen uns ja sagen, mit welchen Instrumenten sie die gravierenden Probleme, vor denen wir heute stehen, lösen wollen. Wie wollen sie denn Naturzerstörung verhindern? Für uns ist Wirtschaftsdemokratie eben auch dadurch legitimiert, daß sie allein die Instrumente zur Verfügung stellt für eine gesamtgesellschaftliche Einwirkung zur Lösung solcher Probleme, die die ganze Gesellschaft betreffen. Darüber sollte hier konkret diskutiert werden.

**Friedhelm Farthmann:**

Ich warne davor, die Mitbestimmung in ihren Wirkungsmöglichkeiten zu überschätzen. Wer annimmt, die Mitbestimmung könne die Arbeitsmarktprobleme lösen, wird ganz bitter enttäuscht wer-

den. Das gilt übrigens auch bei vielen anderen Anliegen. Wer etwa annimmt, die Mitbestimmung könnte uns bei der Frage der Verhinderung von Konzentrationen helfen, wird scheitern. Denn natürlich sind die Arbeitnehmer des Betriebes, der einen anderen Betrieb schluckt, daran interessiert, daß dieser andere Betrieb geschluckt wird. Sie befürworten eine solche Fusion, weil sie die Marktmacht ihres Unternehmens stärken wollen, um dadurch ihre Arbeitsplätze zu sichern. Das belegt alle Erfahrung. Und wir haben das gleiche ja sogar – das sollte den Letzten nachdenklich machen – bei der Kernenergie erlebt. Von den Betriebsräten in Kernenergieunternehmen haben wir natürlich nicht die Hilfe im Sinne unserer parteipolitischen Präferenzen bekommen, die wir gewünscht hätten. Das Gegenteil war der Fall. Die dort Beschäftigten dachten natürlich zuerst an ihren Arbeitsplatz und haben unsere energiepolitischen Forderungen deshalb abgelehnt. Ich kann nur in aller Deutlichkeit und Dringlichkeit sagen: Mitbestimmung kann die staatliche Wirtschaftspolitik nicht ersetzen. Veder die Kartellgesetzgebung zur Verhinderung von Konzentrationen noch eine aktive Wirtschaftspolitik, die Arbeitslosigkeit verhindert, noch die Entscheidung über die Frage, welche Energien wir fördern, werden durch die Mitbestimmung überflüssig. Mitbestimmung ist eine Frage der Legitimation unternehmerischer Leitungsmacht und des Schutzes der Arbeitnehmer vor unternehmerischer Willkür. Aber das, was an Gefahren von Unternehmen ausgeht, in dem Sinne, daß Unternehmer auf Kosten anderer ihre Stellung verbessern wollen, wird durch die Mitbestimmung nicht verhindert, sondern vielleicht eher noch verstärkt.

**Detlev Albers,**  
Mitglied der Programmkommission

Ich möchte anknüpfen an einen Satz von Christoph Zöpel in seinem einleitenden Statement, in dem er sich als Kämpfer gegen den Imperialismus bezeichnet hat. Gegen welchen Imperialismus? – Gegen den „Verantwortungs-imperialismus des Staates“. Diese Beobachtung scheint mir im merkwürdigen Kontrast zu stehen, zu einer der Grundausagen, die den ganzen Irseer-Programmtext kennzeichnen und

die nach meiner Meinung bisher allzu wenig eine Rolle gespielt hat, daß wir in Wirklichkeit eine Entleerung der nationalen staatlichen Kompetenzen vorzeichnen. Zugunsten einer immer stärkeren Verlagerung der Kompetenzen auf die EG, auf den gemeinsamen europäischen Markt, in dem die traditionellen Steuerungsmechanismen, die wir bisher auf nationaler Ebene hatten, gebündelt werden. Das, was sich als Problem ausdrängt, ist doch die Frage: Wenn an die Stelle der alten indirekten Steuerungsmechanismen über Finanz-, über Steuerpolitik, über andere Formen, die wir bisher auf der nationalen Ebene hatten, jetzt eine supranationale Ebene immer stärker tritt, was wird dann auf der nationalen Ebene an gesamtgesellschaftlicher Eingriffsmöglichkeit in die Wirtschaft statt dessen zusätzlich erschlossen, um mit den Widersprüchen, um die den Krisen fertig zu werden? Welche gesamtgesellschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten sollte sich das künftige SPD-Programm hier erschließen? Angesichts der nicht rückgängig zu machenden Internationalisierung in Europa, im internationalen Kontext darüber hinaus. Und wenn Hans-Jochen Vogel jetzt von Rheinhausen gesagt hat, wir müssen bis hin zum Vergesellschaftungsvorschlag der Stahlindustrie, wie ihn die IG-Metall formuliert hat, ausgreifen, weil wir innerhalb der EG anders den geforderten Ausgleich der Einzelinteressen mit dem Gesamtinteresse nicht mehr hinbekommen, dann scheint mir das einen Weg anzudeuten, um den wir bei verschärften Strukturkrisen nicht herumkommen werden. Wenn also supranationale Kompetenzen zu nehmen, wäre meine Frage, was tritt an die Stelle echter glaubwürdiger Gestaltungsmöglichkeiten im nationalen Rahmen?

**Jörg Bölemann,**  
IG-Metall-Vertrauensmann

Herr Murrmann, Sie haben vorhin gesagt, daß der soziale Frieden durch Mitbestimmung gefährdet wäre. Ich bin noch überrascht, wie friedlich es bei uns in der Bundesrepublik noch zugeht angesichts der sozialen Konflikte, die es gibt, Arbeitslosigkeit usw. Ich könnte mir vorstellen, wenn wir in einem anderen Land leben würden, daß wir dann Massenstreiks hätten usw. uf. Und dann an Sie, Frau Schade, Sie haben vorhin gesagt, im kleinen Unternehmen

Betriebsräte, warum gibts da noch keine? Meine Erfahrung aus meinem Leben, als wir in dem Unternehmen, wo ich früher gearbeitet habe, das war ein kleines Handelsunternehmen, Betriebsrat installieren wollten – weil wir mit der Mitbestimmung gedacht haben, wir können bessere Arbeitszeiten für uns herausholen – da ist uns mit Kündigung gedroht worden. Nennen Sie so was Demokratie? Und ich finde auch Demokratie, gerade bei Ihnen Frau Schade und Herrn Murrmann, solange es nicht an meinen eigenen Geldbeutel und an mein eigenes Eingemachtes geht, ist Demokratie sehr gut und schön. Aber bei manchen Firmen habe ich so den

leuten von den Verantwortlichen immer wieder gesagt worden: „Ihr braucht keine Angst zu haben und Euch keine Sorgen machen. Der Stahlstandort Rheinhausen liegt am Rhein, ist modern und besonders günstig.“ Meinen Kolleginnen und Kollegen von Hösch ging es im zweiten Fall doch ähnlich. Bei Hösch in Dortmund sind fast 15 000 Arbeitsplätze weg, trotz Montanmitbestimmung. Jahrelang sind in Dortmund Investitionen auf kommunaler Ebene wie für Kindergärten und Schulen, Bäder und Straßen, Büchereien und Jugendarbeit usw. zurückgestellt und nicht getätigt worden, weil von den Verantwortlichen immer gesagt wurde „wir müssen den



Eindruck, daß da am Firmator oder am Unternehmensangestellter stehen müßte, hier endet der demokratische Sektor der BRD.

**Hans Reppel**  
IG-Metall-Betriebsratsmitglied bei Opel/Bochum

Wenn wir im Ruhrgebiet die Stahlindustrie sehen und wenn Sie hier, wie sonst auch, über diese Situation so locker hinwegsehen, dann will ich mindestens zwei konkrete Punkte von vor Ort schildern.

Zum einen ist in Rheinhausen unseren Kollegen Betriebsräten und Vertrauens-

Stahlstandort Dortmund mit allen Mitarbeitern sichern“. Grob Teile der Gelder wurden für den Ausbau des Hafens sowie für die neue Schleuse in Henrichenburg am Kanal verwendet. Doch dann kam die Unternehmensentscheidung, wir werden die Kohlen für Hösch statt per Schiff demnächst per Eisenbahn transportieren, das ist kostengünstiger für uns. Genauso sind Entscheidungen getroffen worden.

**Hubert Reis**

Ich habe noch mal ein paar Fragen grundsätzlicher Art an Herrn Dr. Murrmann. Ich habe mit sehr großem Interesse Ihren Vortrag gehört. Mir kam aber,

je weiter Sie sprachen, doch einige begriffliche Zweifel und ich meine, trotz aller Gegensätze, die sollten wir auch nicht verwischen, sollten wir doch begrifflich klar sein. Ich höre da immer so das Wort Markt und Wettbewerb, Glaubwürdigkeit. Das ist so eine gewisse Ideologie, die sich dahinter verbirgt, wenn gesagt wird, was ist denn der Markt. Gibt es den Markt eigentlich? Ist der Unternehmer denn überhaupt der Unternehmer? Vielleicht sind Sie die große Ausnahme aber als Begriff der Unternehmer denn überhaupt interessiert auf einem Markt wo Konkurrenz herrscht zu verkaufen. Die Bestrebungen eines Unternehmers, das zeigen doch alle quantitativen Untersuchungen, die zeigen doch, daß gerade die Unternehmen und gerade die Unternehmungen bestrebt sind, den Marktmechanismus auszuschalten. Das ist doch das Interesse. Und das sollten wir auch nicht verwischen. Zum anderen das persönliche Risiko des Unternehmers. Gut, der Unternehmer gibt sein Geld her. Aber, Sie gehen sicherlich vielleicht von sich aus, von dem guten Unternehmer, aber es gibt auch sehr viele Unternehmer, die halt nicht diese guten Unternehmer sind, nicht diese guten. Gut, jetzt nicht im Sinne der Belegschaft, sondern im wirtschaftlichen Sinne, effizient arbeitende Unternehmen, die dann auch die Pleiten verursachen. Können Sie ja in den Statistiken nachlesen. Es gibt dann auch die betroffenen Angestellten, die von den Unternehmern abhängig sind, die wegen dieser schlechten Entscheidung dann auf einmal plötzlich auf der Straße sind. Meine Anregung, wäre es da nicht im Interesse eines flexiblen Unternehmers und im Gesamtinteresse auch, das muß ich ja nicht ausschließen, vernünftiger, hier auch aufgeschlossener zu sein und nicht nur in dem Bewußtsein zu sein, ich als Unternehmer weiß das ja sowieso besser. Ich kann also letztlich nur gut entscheiden, wenn ich die Argumente meiner Mitarbeiter gar nicht berücksichtige. Ich kann ihnen sofort auch Beispiele nennen, in dem gerade bei diesen die Mitarbeiter nicht gehört wurden und die Unternehmen Pleite gingen. Der Unternehmer ist natürlich dann immer noch den Vorteil oder einige von ihnen, daß sie sich des Risikos entziehen, daß ein Teil des Kapitals. Sie wissen es, das läßt sich leichter transportieren als die Arbeitskraft, daß sie Standorte verlegen können und Arbeiter sich irgendwoanders ansiedeln. Daß da

das Risiko in Wirklichkeit ja gar nicht nur bei dem Unternehmer liegt.

### Loke Mernizka,

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

Also, Herr Murmann, ich kann Ihnen nur sagen, wenn die Unternehmer so schlau wären und all die Vorschläge aufgriffen, die arbeitsplatzfördernd wären, dann hätten wir einige Tausend Arbeitsplätze mehr. Sie luns nur nicht. Da liegt das Problem. Hier ist leider nicht die Zeit um das an praktischen Beispielen nachzuvollziehen. Sie tun sich und das Schlimme ist doch dabei, Herr Murmann, obwohl Sie wissen, daß es gute Vorschläge sind, tun Sie es nicht. Weil bei Großunternehmen sicherlich das so ist, die haben eine Unternehmensstrategie, die legt eine Richtung fest und alles das, was nicht reinpaßt, kann nicht ankommen. Und da liegt die Unbeweglichkeit drin. Die liegt nicht an der Montanmitbestimmung. Sie liegt an der Unbeweglichkeit der Konzerne, der Verantwortlichen, flexibel zu sein. Das was Sie den Arbeitnehmern heute vorwerfen, sie wären nicht flexibel genug, ist anzuwenden auf die Vorstände der Großkonzerne. Die sind in keinster Weise flexibel. Und nun haben Sie gesagt, wir machen das alles freiwillig. Da hätte ja mal in der Vergangenheit freiwillig etwas rüberkommen können. Es ist ja alles nur mit großen Kämpfen und großen Auseinandersetzungen erreicht worden, freiwillig hätte ich: doch nichts abgegeben. Und da das Abgeben, also wenigstens bis zur Mitte, immer noch nicht geht, und die Freiwilligkeit nicht vorhanden ist, muß man es eben gesetzlich regeln. Und dazu wollen wir in unserem Grundsatzprogramm eine Aussage machen.

### Ernst Breit

Ich wundere mich nicht darüber, daß Herr Murmann die Montanmitbestimmung nicht gelobt hat. Denn hätte er das getan, dann mußte er auch dafür sein, sie auf weitere Bereiche auszuweiten, wie wir das wollen. Aber ich glaube, damit wird man der Montanmitbestimmung nicht gerecht. Oder glaubt jemand im Ernst, wir hätten den Strukturwandel im Steinkohlenbergbau in den letzten zwei Jahrzehnten auf eine Weise abwickeln können, was das gerade ist ohne Mitbestimmung oder hätten wir britische Verhältnisse bekom-

men? Mir ist dieses Verfahren lieber, dabei bin ich mir voll bewußt, daß das nicht nur die Unternehmen im Steinkohlenbergbau alleine getan haben, sondern daß die öffentliche Hand, d. h. wir alle dabei sehr geholfen haben und jeden Tag weiterhelfen. Aber die Verfahrensweise scheint mir auf Dauer billiger, bekömmlicher und sozial verträglicher zu sein als das, was bei unseren britischen Kollegen erleben mußten.

Punkt 2, ich bin nicht der Meinung, Herr Murmann, daß die Montanmitbestimmung der Problembewältigung im Revier nicht geholfen hat, ganz im Gegenteil. Ob es in der Stahlindustrie bei der Strukturkrise besser gegangen wäre ohne Montanmitbestimmung, will ich sehr ernsthaft bezweifeln. Wir haben es da mit Einflüssen zu tun, die z. T. von außerhalb des Landes (längst) kommen und auf die mehr Einfluß zu haben sich alle Beteiligten, sowohl Arbeitgeber als Arbeitnehmer, gewünscht hätten. Ich glaube, Oskar Lafontaine hat die Geschichte auf den Punkt gebracht. Es geht im Grunde genommen um die Freiheit, die unsere Verfassung jedem Bürger (gewährt) garantiert, die Grundlage unserer Gesellschaft ist (und diese Freiheit kann nicht einfach aufheben, an den Fabriktoren. Mitbestimmung ist ein ganz entscheidendes Mittel dafür, das Maß der dort (teilweise vorhandenen) zwangsläufigen beschränkten Freiheit in einer Weise zu behandeln, die den einzelnen Betroffenen wirklich mit Einflußmöglichkeiten, die wirksam sind, ausstufte. Ich halte Mitbestimmung in der Wirtschaft für eine eigentlich nur logische und zwangsläufige Weiterentwicklung unserer demokratischen von Grunde auf strukturierten Gesellschaft. Würden wir dort abschneiden, würden wir Freiheit, Bürgerbeteiligung, Gleichberechtigung aller, Freiheit sicherlich auf Dauer auch dort infrage stellen, wo die Mitbestimmung, über die wir reden, heute gar nicht unmittelbar greift und es morgen sicher auch nicht tun kann. Das gilt selbst für so relativ einfache Probleme, wie die videnskulturbefähigung der Arbeitszeit. Flexibilisierung, die zu mehr Entscheidungsfreiheit des einzelnen Arbeitnehmers führt, ist nicht nur diskutabel, die ist absolut unwertschwerer. Aber Flexibilisierung, die zu höherer Abhängigkeit und (...) zu Unfreiheit führt, die ist in der Tat nicht diskutabel. Da stoßen sich die Dinge nicht an einem Wort, sondern am Inhalt.

### Klaus Murmann

Ich habe vielleicht einen Fehler gemacht, indem ich die hypothetische Frage gestellt habe: Wären wir besser dran im Revier, in der Stahlindustrie, wenn wir auch dort Mitbestimmung nach den Regeln des Gesetzes von 1976 hätten, oder sind wir besser dran, indem wir die Montanmitbestimmung haben. So lautele meine Fragestellung und ich will nun die Vor- und Nachteile nicht wieder auf- und runterbeten, aber das war mein Ansatz zu dieser Frage.

Zweitens, ich freue mich, daß der Begriff Flexibilisierung gefallen ist, und ich freue mich auch, daß das Wort Tabu dabei erwähnt worden ist. Denn ich glaube, daß hier nun wirklich Bewegung bei der SPD und auch bei den Gewerkschaften notwendig ist; Herr Breit hat es ja eben auch gezeigt. Es geht doch hier nicht um einen Gegensatz, sondern es geht darum, den modernen Menschen in seinen modernen Ansprüchen, in seinem modernen Zeiteinteilungsverhalten adäquate Strukturen in der Wirtschaft und in der Gesellschaft gegenüber zu stellen. Und diese Diskrepanz, die da noch besteht, die müssen wir aufheben; das ist kein Gegensatz an sich, und wenn man das Thema dadurch reduziert, daß man sagt, man hat hier den abgerufenen Arbeitnehmer und den hereinrufenden Arbeitgeber, dann ist das eine Verengung auf zwei Prozent. Ich spreche die hundert Prozent an. Ich weiß, daß ich Sie nicht alle überzeugen kann, aber ich freue mich, daß ich hier Gelegenheit habe, meine Position klar darzulegen.

Das letzte nun. Wir sind hier in einer Werkstatt und ich möchte gern von mir aus noch einmal sagen dürfen, daß sich die Frage Demokratisierung der Wirtschaft und Mitbestimmung in der Wirtschaft dann relativiert und in eine neue Zukunft führt, wenn wir aufhören zu glauben, daß auch in den vor uns liegenden 20, 30, 50 Jahren der traditionellen Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer so bleibt wie er war und wie er vielleicht teilweise heute noch besteht. Wenn man an eine Unternehmenskultur, wie vorhin auch hier angesprochen, an eine partnerschaftliche Unternehmensverfassung, an den arbeitenden Kapitalbesitzer glaubt, also letzten Endes an eine vernünftige Weiterentwicklung der Gesellschaft und unseres Wirtschaftssystems, dann glaube

ich, daß dieser Gegensatz von Arbeit und Kapital aufgehoben wird dadurch, daß die Produktionsmittel nicht vom Staat vergesellschaftet werden, sondern daß sich das Eigentum verteilt auf alle die, die arbeiten. Das ist die Vision der Zukunft, die sich sehe. Und ich würde mich freuen, wenn sich das in dem Programm mindestens als etwas, wohin es gehen könnte – auch wenn es nicht alle von Ihnen hier wollen – wiederfinden würde.

### Anne-Rose Iber-Schade

Es ist sehr vieles angesprochen worden, wozu man eigentlich Stellung nehmen müßte und wozu man eine Gegenposition ausbauen könnte, aber das geht natürlich aus Zeitgründen nicht. Ich habe aber einige Stichworte, die ich einfach schnell aufgreifen muß und richtigstellen muß. Zunächst einmal zum Thema Betriebsrat und zwar insbesondere Betriebsräte in kleinen und mittleren Betrieben. Ich glaube, ich habe doch ganz eindeutig gesagt, daß ich sie für notwendig halte und nicht nur für sinnvoll, daß ich aus meiner Position her versuche, gerade kleine Betriebe zu beeinflussen, einen Betriebsrat zu bilden. Ich unterstütze das mit aller Intensität.

Einige Aussagen, die vorhin gemacht wurden, möchte ich gerne etwas relativieren. Dazu gehört das Stichwort Vorschlagswesen. Wenn es so in den Betrieben behandelt wird, wie es in der Diskussion geschildert wurde, daß Vorschläge schlicht in der Schublade abgelegt werden, dann ist das nach meiner Auffassung ausgesprochen dumm. Ich kann mir einfach in unserem Betrieb nicht vorstellen – immerhin haben wir monatlich 30–40 Vorschläge, wobei ich nicht weiß, ob das bei zweitausend Mitarbeitern viel ist – daß auch nur einer dieser Vorschläge nicht bearbeitet und berücksichtigt wurde. Es ist daher unsinnig, darüber zu streiten.

Ich muß noch ein Wort zur Flexibilisierung der Arbeitszeit sagen, obwohl das schon von meinen beiden Vorrednern gesagt wurde. Diese Flexibilisierung sollte, das ist meine Meinung, auf einer freiwilligen Basis geschehen. Von beiden Seiten und sie kann dann auch beiden Seiten nützen, sie kann und soll weder dem „Ausbeuterkapital“ dienen, noch sollte sie der einzigen individuellen Forderung des einzelnen allein nüt-

zen, sondern sie muß abgestimmt sein, und das heißt freiwillig. Da fiel vorhin eben das Wort es gibt solche und solche Unternehmen und deshalb wehre ich mich dagegen, daß hier gesagt wurde, das Staatsversagen, das Unternehmensversagen muß geändert werden. Das gibt es sicher nicht, denn dann gäbe es auch das Paradiesversagen. Es gibt überall positive und negative Entwicklungen und man sollte versuchen, die positiven Entwicklungen zu beeinflussen.

Und mein letztes Wort, ich glaube, das wichtigste Problem, das uns alle angeht und das nicht durch Mitbestimmung zu lösen ist, ist die Lösung der Arbeitsmarktprobleme. Aber wodurch sind sie zu lösen? Ich wäre ein Wunderkind, wenn ich ein Patentrezept hätte und keiner von Ihnen hat es. Aber es ist doch das Ziel, das gemeinsam bearbeitet und gelöst werden muß. Es kann, so denke ich, nur mit demokratischer, das heißt gemeinsamer Arbeit geschehen, und dabei müssen wir auch über den nationalen Zaun hinwegsehen, denn wir haben ja nicht allein eine hohe Arbeitslosigkeit. Vielleicht können wir auch von anderen lernen, bei denen schon gute Ansätze vorhanden sind. Sicher gibt es die Lösung nicht durch Vorschriften und Reglementierung. Auch dadurch wird man ebenso wenig wie durch Mitbestimmung mehr Arbeitslose beschäftigen können. Es geht nur durch eine Vielzahl von Ansätzen, die durchdringt, überlegt sein müssen und nur gemeinsam erreicht werden können. Wenn das auch im Irseer-Programm festgehalten würde und wir gemeinsam – immer noch dieser bekannten mir gar nicht gut fallenden Ausdruck zwischen „Arbeitgeber – Arbeitnehmer“ – wenn das zwischen diesen beiden Polen, nicht Gegenpolen, mit dem Irseer-Programm erreicht wird, dann denke ich, wäre es für alle, die wir hier sind, sinnvoll.

### Friedhelm Farthmann

Es gibt einen Punkt, auf den ich noch eingehen möchte, nämlich die Entwicklung in Europa. Den Verlust an eigenständlichen Kompetenzen durch Verstaatlichung der Unternehmen auszuweichen, ist zumindest ein origineller Gedanke. Aber ich bin nicht ganz sicher, ob er hilft. Es ist sicherlich wichtig – und jeder sollte sich dessen bewußt

sein –, daß wir in zunehmendem Maße Kompetenzen an europäischen Institutionen abtreten. Wenn der gemeinsame Markt geschaffen ist, wird sich das noch sehr viel gravierender auswirken. In der Stahlindustrie haben wir schon ein Stück davon gespürt. Ich glaube aber, daß wir hierauf mit politischen, und zwar mit europapolitischen Maßnahmen antworten müssen. Es wäre eine schlimme Entwicklung, wenn Europa sich auf das kleinste gemeinschaftliche Vielfache verständigte und dadurch die in der Bundesrepublik erreichte soziale Standard verlorenginge – von der Mitbestimmung angefangen bis hin zu verschiedenen anderen sozialen Errungen-

trefflich erörtern kann, die aber mit der politischen Wirklichkeit auf absehbare Zeit nichts zu tun hat.

Nächster Punkt: Ich glaube, Herr Murrmann, daß sie nicht Recht damit haben, daß auch die Mitbestimmung ein Stück Verantwortung trüge für die Malaise, in der die Montanindustrie technisch absolut auf der Höhe der Zeit ist. Der deutsche Steinkohlenbergbau, das kann man wirklich ohne jede Übertreibung sagen, ist technisch der beste auf der Welt. Daß wir die Kohle aus 1200 m Tiefe holen müssen und nicht, wie in Südafrika, aus 100 m Tiefe im Tagebau 4 m dicke Flöze abtragen

Umstrukturierung längst vollzogen. Diese Unternehmen haben doch einen Stahlanteil von inzwischen weit unter 40%. Thyssen z. B. ist heute nach Bosch der zweitgrößte Lieferant für die Automobilindustrie. Und wenn die Hütte Rheinhausen geschlossen wird, dann wird eine Hütte plattgemacht, die zu den besten Europas gehört.

Es ist doch etwas über uns gekommen, das aus unternehmerischer Sicht noch weniger als aus Mitbestimmungssicht zu verhindern war. Die Mitbestimmung in der Montanindustrie hat in den letzten Jahren jede technische Erneuerung und Innovation voll mitgetragen und unterstützt, und ich möchte nicht wissen, ob es ohne sie nicht schon eher zu viel eruptiveren Ausbrüchen gekommen wäre. Wir hatten einmal über 600 000 Beschäftigte im Bergbau; jetzt haben wir nur noch gut 100 000. Daß dieser Arbeitsplatzabbau gelungen ist, sollte eher für die Mitbestimmung sprechen als gegen sie.

Ich will einen letzten Gesichtspunkt ansprechen: Ich weiß nicht, ob andere es ebenso gespürt haben wie ich, daß die Mitbestimmung im Grunde unter „ferner liefen“ diskutiert wird und daß wir scheinbar gravierende Probleme haben – von der Arbeitsmarktsituation angefangen bis hin zu Energie- und Umweltfragen. Ich würde es sehr bedauern, wenn wir Sozialdemokraten über die drängenden Probleme, die uns eine europaweit verfehlte Wirtschaftspolitik bereitet, die wichtigen Fragen der Demokratisierung der Wirtschaft vergäßen. Wenn wir nicht bald etwas für die Mitbestimmung tun, dann wird – so fürchte ich – in 10 oder 20 Jahren jedenfalls über die Montanmitbestimmung kaum noch jemand sprechen. Ich würde dies sehr bedauern. Deshalb wäre ich froh, wenn von dieser Tagung ein Impuls zum Erhalt und zum Ausbau der Mitbestimmung ausginge. Herzlichen Dank.



schaften, um die bitter und lange Schritt für Schritt gekämpft worden ist. Darum mahne ich zur europapolitischen Aufmerksamkeit und dazu, sich nicht in einer Sache zu verkämpfen, die reine Theorie bleibt, die man im Seminar

können, ist eine Naturgegebenheit, gegen die wir nicht ankommen. Aber technisch ist im deutschen Steinkohlenbergbau wirklich nichts versäumt worden. Das gilt ebenso für die Stahlindustrie. Die Stahlunternehmen haben auch die

## C. I. Betriebsverfassung und Mitbestimmung

### Ilse Brusis

Was mir nach der Diskussion heute morgen im Hinblick auf die Frage der Weiterentwicklung der Mitbestimmung besonders diskutierenswert scheint, ist die Frage, ob unsere bisherigen Mitbestimmungsregelungen eigentlich hinreichend sind. Wie sieht es aus mit der Weiterentwicklung derselben und ihre Instrumente im Hinblick auf das Agieren der multinationalen Konzerne. Auf ihre Nutzung von modernen Informations- und Kommunikationstechnologien, mit denen diese offensichtlich zunehmend auch die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik unterlaufen können. Besteht ein Widerspruch zwischen dem Freiheitsanspruch des Einzelnen und einer kollektiven Interessensvertretung oder garantiert erst die kollektive Interessensvertretung dieses Maß an Freiheit. Ist das, was die Gewerkschaften an Konzeptionen „Mitbestimmung am Arbeitsplatz“ erarbeitet haben, eine Möglichkeit mit dem Problem der stärkeren Betonung der Individualität umzugehen ... Und drittens die Frage, wie weit kann Mitbestimmung die derzeitigen ökologischen und sozialen Probleme bewältigen. ...

setzes gewährleisten. Sie ist ein Mittel, um die Humanisierung der Arbeit voranzutreiben und sie bedeutet die Formulierung von Zielen in und für die Arbeitsgestaltung durch die Betroffenen. Von Zielen, ich betone das, ... Sie be-



Rolf Thüsing, Ilse Brusis

### Christiane Eckhardt

... Mitbestimmung am Arbeitsplatz ist meiner Meinung nach, die notwendige Ergänzung und Unterstützung der Mitbestimmung in den Betrieben. Sie ist die Einflußmöglichkeit auf Arbeitsabläufe. Sie bedeutet Anreicherung von Arbeitsinhalten. Sie ist dazu da, die Sicherung und Ausweitung der Qualifikationen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu gewährleisten und zwar für alle Fähigkeiten und Fertigkeiten. Sie soll den Abbau von ständigen Kontrollen und überflüssigen Hierarchien gewährleisten. Sie soll die Verbesserung der Arbeitsbedingungen bringen. Sie soll die Ausweitung der Individual- und Kollektivrechte das Betriebsverfassungsges-

deutet, daß Informations-, Beratungs- und Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer und der Arbeitnehmervertretungen, bereits bei Planung und Vorbereitung von technischen, organisatorischen und sozialen Neuerungen. ... Sie bedeutet, die Realisierung des Rechts auf Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz. Sie ist auf die Organisation des gesamten Produktionsprozesses bezogen und ist keine punktuelle Angelegenheit. ... Sie ist nicht am Betriebsrat und an anderen Vertrauenskörpern vorbei organisiert. Sie ist nicht eine neue Arbeitnehmervertretung ohne gesetzliche Absicherung. Qualitätszirkeln mit ihren Arbeitsgruppenprechern beinhalten diese Gefahr. ...

### Rolf Thüsing

... Es geht um die Ausgestaltung von Mitbestimmung und nicht um den Grundsatz. Hier sind unseres Erachtens im Wesentlichen engere Grenzen gezogen, als der Programmwurf es meint. ... Wir haben die Forderungen der Erweiterung der Mitbestimmung nach dem Betriebsverfassungsgesetz. Meines Erachtens ist der Raum für Erweiterungen nicht gegeben. ... Was nicht die Funktion der Mitbestimmung sein sollte, ist die unmittelbare Verhinderung wirtschaftlicher Entscheidungen. ...

### Richard Heller

... Vielleicht versuchen wir die Diskussion, die ja höchst komplex ist, auf einfache Begriffe zu reduzieren. ... Wir haben bei Kündigungen kein Mitbestimmungsrecht, außer in dem bekannten Katalog der fünf Gründe. ... Wir haben Mitbestimmung in sozialen Angelegenheiten, aber immer nur in der Verteilungsnasse, die der Arbeitgeber zusteht. Die Füllung des Topfes ist eine rein mitbestimmungsfreie Angelegenheit. ... Ich bin auch nicht zufrieden, mit unserer parteilichen Diskussion. Wir brauchen mehr Mitbestimmung bei neuen Technologien. Das ist klar, aber für was brauchen wir sie. Für die Gestal-

tungsmöglichkeiten. ... Ja dürfen wir sagen, nein nicht. Das ist der entscheidende Punkt. ... Durch Konzernkonstellationen können diese Technologie frei bestimmen und das Betriebsverfassungsgesetz absolut aushebeln. Auf multinationaler Ebene und in der Bundesrepublik bleibt eine schöne mitbestimmte Spielweise. Die Entscheidungen fallen sonstwo und zwar mitbestimmungsfrei. ...

## Teilnehmer

... Ich kann eigentlich nicht verstehen was Herr Farthmann heute morgen gesagt hat. ... Was man eigentlich braucht, ist eine breite fundierte Beratung des Parlamentes in solchen Fragen. ...

## Richard Heller

... Ich habe begrenztes Verständnis dafür, daß Erpressungsversuche in einzelnen Unternehmen auf betrieblicher Ebene nicht standgehalten werden kann. ... Von Betriebsräten denke ich, kann man im besten Falle nicht – und ich bitte genau zuzuhören – erwarten, daß sie volkswirtschaftlich denken. ... Aus diesem Grunde brauchen wir die zusätzliche Ebene der Wirtschafts- und Sozialräte.

## Rolf Thüsing

... Herr Heller beklagt, daß Betriebsräte keine echte Mitbestimmung bei Kündigungen hätten, sondern nur das Anhörungsrecht. Dafür haben wir das Kündigungsschutzgesetz. Wir haben die Arbeitsgerichtsbarkeit und ich frage mich, ist das nicht für die Betriebsräte die wohl bessere Lösung. Andernfalls würden sie sich die Verantwortung für die Kündigung aufbürden. ...

## Christiane Eckhardt

... Es ist die Frage, wäre es nicht sinnvoll Wirtschafts- und Sozialräte in die unternehmerische Mitbestimmung mit einzubeziehen. Die Konstruktion der Wirtschafts- und Sozialräte war eigentlich umgekehrt, nämlich sowohl Unternehmer als auch Gewerkschaften, als auch andere gesellschaftliche Gruppen

in den Wirtschafts- und Sozialräten zusammenzufassen. Interessant finde ich die Idee trotzdem. ... Die Wirtschafts- und Sozialräte wie sie gedacht sind, sollen nur eine beratende Funktion haben. ... Wenn es bei mir läge, den Passus im Grundsatzprogramm zu formulieren, dann würde ich mich da bestenfalls drauf einlassen, daß ich sage, als einen ersten Schritt, beratende Rechte, und diese müssen dann weitergeführt werden. Wir müssen nämlich erst einmal alle lernen, mit solchen Gremien und Instrumenten umzugehen. ... Die Wirtschafts- und Sozialräte müßten schon in der Lage sein, Strukturdaten zu



Richard Heller

setzen und auf die Einhaltung dieser Strukturdaten zu achten. ...

## Teilnehmer

... Ich hatte eigentlich erwartet, daß bei der Erörterung eines solchen Grundsatzprogramms, auf eine sehr offene und selbstkritische Weise vielleicht Bilanz gezogen würde, über die eigenen Versuche der SPD etwa in den Betrieben, die ihr gehören. ... Haben Sie neue Modelle entwickelt, die Selbstverwirklichung der Arbeitnehmer positiver darstellen als im Durchschnitt in anderen deutschen Unternehmen. Welche Erfahrungen haben sie in der Gesamtwirtschaft

gemacht? Was ist richtig und was ist falsch gemacht worden. ... Diese Analyse, die fehlt mir. ...

## Teilnehmer

... Wenn ich in das Programm schaue und an mehreren Stellen die Mitbestimmung finde, dann muß ich sagen, hat das in der Vergangenheit schon genauso dringenden. ... Uns ist es, glaube ich, nicht gelungen, die Ebenen auf irgendeine Verklammerung hin zu überprüfen und zu diskutieren, wie die Wirkung wäre, wenn der einzelne Arbeitnehmer, der Betriebsrat, der Aufsichtsrat, der Wirtschaftsausschuß, das Wirtschaftsausschußmitglied bis hin zu einem Mitglied im Wirtschafts- und Sozialrat, wie die miteinander umgehen müßten. Welche Kommunikations- und Informationssysteme existieren müßten, damit Mitbestimmung wirksam werden kann. ...

## Teilnehmer

Ich glaube, daß nach wie vor für die meisten arbeitenden Menschen Mitbestimmung eine sehr abstrakte Angelegenheit ist. Weil sie ja im betrieblichen Alltag Demokratie nicht erfahren und in dieser Frage nicht geübt sind. Insofern halte ich es für sehr wichtig, welche Möglichkeiten der Mitbestimmung es am Arbeitsplatz gibt. Wenn dort Menschen Mitbestimmungsmöglichkeiten erfahren würden, dann würde ihnen das auch mehr Mut und Engagement geben, für die Mitwirkung in einer demokratisch verfaßten Gesellschaft. ...

## Rolf Thüsing

... Das geht durch das ganze Programm, daß man glaubt, die Dinge alle planen zu können. Dies setzt auch voraus, daß man die Folgen plant. Sie können nicht den Absatz. Sie können nicht die Beschäftigung planen, wenn Sie den Markt nicht planen können. Und Sie können sich über Investitionsquoten unterhalten, aber Ihnen kann ein Strich durch die Rechnung gemacht werden, weil sich der Verbraucher anders verhält, weil die diese Entscheidung nicht für richtig hält und dann letzten Endes doch zugestimmt werden muß. ... Im Grunde kann doch nur der Markt entscheiden. ...

# C. II AK Vermögensbeteiligung

## Ursula Konitzer

Der Begriff „Vermögensbeteiligung“ ist schillernd, nicht exakt zu definieren. Es gibt in der Praxis die vielfältigsten materiellen und motivationalen Beteiligungsmodelle. Sie suggerieren zumeist alle die Überwindung des systemimmanenten Interessengegensatzes von Arbeit und Kapital. Aus Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen sollen „Mitunternehmer“ oder „gleichberechtigte“ Partner werden. Anspruch und Wirklichkeit klaffen jedoch in der Praxis oftmals weit auseinander. Denn nahezu alle betrieblichen Vermögensbeteiligungsmodelle räumen in der Regel nur die jeweiligen gesellschaftsrechtlichen Mitsprachemöglichkeiten ein; eine gleichberechtigte Mitbestimmung von Kapital und Arbeit, also am „Sagen und Haben“ eines Betriebes oder Unternehmens wird kaum praktiziert – wäre aber Voraussetzung für eine Demokratisierung auch in der Wirtschaft.

Über betriebliche Beteiligungsmodelle – in der großen Mehrzahl Beteiligungsmodelle nach dem 2. Vermögensbeteiligungsgesetz – wird immer häufiger auch eine „cooperate identity“ angestrebt. Versucht wird, die betriebliche Vermögensbeteiligung mit den verschiedenen Formen der motivationalen Mitarbeiterbeteiligung in Verbindung zu bringen. Das zunehmende Bedürfnis der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen nach Mitwirkung, Mitgestaltung, Souveränität und Selbstbestimmung wäre nun an sich eine gute Voraussetzung, zu echten betrieblichen Beteiligungsmodellen zu kommen. In der Praxis prägen jedoch prinzipielle Differenzen zwischen ökonomischem Rentabilitätsdenken der Betriebe und Bedürfnissen der Arbeitnehmer das Bild. Wird diese prinzipielle Differenz nicht überwunden, sind alle Versuche, über eine bloße Produktivitätsbeteiligung der Arbeitnehmer zu einer wirklich partnerschaftlichen Mitarbeiterbeteiligung zu kommen, zum Scheitern verurteilt.

## Philip Rosenthal

... Vier Überlegungen, warum die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital richtig und wichtig ist:

1. Ohne Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital und nur durch höhere Nominallöhne ist nicht nur eine gerechtere Besitz-, sondern auch eine gerechtere Einkommensverteilung für die Arbeitnehmer nicht möglich. Denn vermindern Nominallöhne die Gewinne der Unternehmen so stark, daß nicht mehr das nötige Geld für die nötigen Investitionen da ist, so passiert folgendes: entweder die Unternehmen verlieren ihre Konkurrenzfähigkeit oder sie erhöhen die Preise. Und da es alle so machen, wird den Arbeitnehmern aus der Preistatse herausgezogen, was sie in die Lohnschere hinein bekommen haben.
2. Es gibt noch – zwar immer weniger – Gewerkschafter, die befürchten, eine Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital führe dazu, daß sich unter den mitbestimmenden Arbeitnehmern eine Art kleinkapitalistische Mentalität ausbreitet, die ihre Organisationswilligkeit und ihren Einsatz für gewerkschaftliche Ziele schmälern würde. Das ist jedoch nicht der Fall. Die Rosenthal-Arbeitnehmer, die schon 10 Prozent des Kapitals besitzen, haben mit dem höchsten Organisationsgrad in der keramischen Industrie, und sie haben in einer Urabstimmung einen Streik durchgeführt, als das Nominallohnangebot der Unternehmer zu niedrig war. Natürlich ist der Mitbestimmende auch ein mehr wissender Arbeitnehmer ...
3. Zweimal recht haben die Gewerkschafter, die sich gegen eine ausschließlich betriebliche Vermögensbildung aussprechen. Einmal, weil dies für die Arbeitnehmer eine Kumulierung des Arbeitsplatz- und des Kapitalrisikos bedeutet, zum zweiten, weil bei der Geldvermögensbildung, die Beteiligung am Produktivkapital erst wirkliche Fortschritte machen wird, wenn sie auf tarifvertragliche Grundlage und mit tariflich vereinbarten überbetrieblichen Fonds erfolgt, wie es der Irseer Entwurf vorsieht.
4. Dringend rufen möchte ich allerdings, auf die Forderung zu verzichten,

ten, daß die Unternehmen zunächst einen Anteil des Kapitals, den der Gesetzgeber vorstieht, diesen Fonds zuführen sollen. Mit dieser Forderung würden wir eine Barriere errichten, die verhindern würde, daß die Beteiligung der Arbeitnehmer an Produktivkapital durch Tarifverträge endlich in Gang kommt...

### Hermann Josef Wallraff

... Für mich ist es begrüßenswert, daß eine so ehrenwerte Partei wie die SPD jetzt im Parteiprogramm den Tarifvertrag stärker akzentuiert. Das ist, ein Novum...



Blick auf das Plenum (vorne) Christoph Zöpel, Hans-Ulrich Klose, Richard Löwenthal, Detlev Albers, Michael Kubatzki, Heinz Kruse (zweite Reihe) Ursula Konitzer, Hermann-Josef Wallraff, Ilse Brusius

### Hartmut Neumann

... Ich meine, wir müssen umkehren und radikal 180 Grad in eine andere Richtung schauen. Wir müssen sagen, wie können wir das, was da ist an Arbeit, daß was da ist an Gütern, an Geld und Waren, wie können wir das gerechter verteilen, in eine sozial gerechte Verteilung hineinbringen... Ich meine, das ist alles Augenwischerei, wenn wir darüber anders reden, als das, was wirklich der Punkt ist, nämlich die soziale Armut zu verhindern und nicht durch

Maßnahmen, sondern durch eine neue Gesinnung...

### Michael Lezius, Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Partnerschaft in der Wirtschaft

... Ich habe ein bißchen die Vorläufer von diesem neuen Grundgesetzprogramm der SPD studieren dürfen... Da fand man neben dem Fonds-Gedanken eben auch die betrieblichen Modelle mit verankert, und von daher bin ich eigentlich ein bißchen enttäuscht... daß nun im Grundgesetzprogramm nur der Fonds enthalten ist... Bisher haben eben die überbetrieblichen Fonds nichts ge-

hängig von den Tarifvertragsparteien ihren Arbeitnehmern Beteiligungsmodelle anbieten. Und dann gibt es nach meiner Meinung einen Wildwuchs in der Bundesrepublik, und das kann ja nicht im Sinne der Gewerkschaft sein. Meine Frage an Herrn Wallraff: Sie sind im wissenschaftlichen Beirat der KAB (Kath. Arbeiterbewegung) in Köln. Diese hat nun einen Tarifvertragsvorschlag vorgelegt der besagt, daß ein Teil der Lohnerhöhungen investiv in den Betrieben angelegt werden sollen, wie meinen Sie, daß Sie den DGB und die Gewerkschaften davon überzeugen können?

### Hermann Josef Wallraff

... Das alles ist nichts neues. Mich würde interessieren: Wenn das nicht geht, und das nicht geht, und das nicht geht, was geht dann? Faktisch müssen Sie eine ganz neue Weltordnung schaffen. Und da dies ein aussichtsloses Bemühen ist... rate ich Ihnen: Diskutieren Sie doch Handwerkliches, wie vielleicht doch den Tarifvertrag, andere Verteilungsvorgänge.

### Philip Rosenthal

... Aber ich muß Stellung nehmen gegen die gefährliche Litanei, die da vorhin wieder hochgekommen ist. Als ob die Vermögensbildung in Produktivkapital weniger Nominallohn für den Arbeitnehmer bedeuten würde. Das ist einfach nicht der Fall. Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Die Firma Rosenthal hat 1963 eine betriebliche Vermögensbildung gestartet. Und die, die von Anfang an mitgemacht haben, die haben inzwischen, und da ist eingerechnet der Verlust durch das Absacken der Kurse, 30.000,- DM, aber nur 10.000,- DM selbst bezahlt. Lassen Sie mich doch noch einmal betonen: Von diesen 30.000,- DM hat der Staat über das Vermögensbildungsgesetz etwa ein Drittel gezahlt, ein Drittel ist eine Leistung der Firma und ein Drittel ist die Leistung des Arbeitnehmers selber. Aber diese Vermögensbeteiligung tangiert nicht die Nominallöhne. Das Entscheidende ist, daß wir eine Umstellung anstreben von der Geldvermögensbildung, die letzten Endes doch nur den Banken dient, zur Beteiligung am Produktivvermögen.

### Ursula Konitzer

... Ich möchte mich mit Nachdruck für eine differenzierte Betrachtung der jeweiligen konkreten betrieblichen Beteiligungsmodelle aussprechen... Da gibt es also sehr wohl die unterschiedlichsten Ausgestaltungsformen. Deswegen meine ich, sollten wir sehr differenziert und sehr konkret jeweils die einzelnen betrieblichen Beteiligungsmodelle untersuchen und auch beurteilen. Es gibt sehr wohl über Betriebsvereinbarung, geregelte betriebliche Beteiligungsmodelle, die also gleichermaßen Vorteile für Arbeitnehmer und Arbeitgeber bringen und die auch nach unserer Festlegung ganz hervorragend funktionieren. Das sind aber betriebliche Beteiligungsmodelle, bei denen a) die Haftungsfrage konkret abgesichert ist und die auch in der Regel verbunden sind mit ganz konkreten Mitsprache- und Mitbestimmungsrechten. Die Praxis hat gezeigt, daß man die Vermögensbeteiligung nicht losgelöst sehen kann von dem Instrument der Mitbestimmung...

### Hans-Jürgen Krupp

... Wir sollten in die Diskussion auch die gesellschaftlichen Entwicklungen in den letzten Jahren aufnehmen. Dabei besteht immer das Problem der Abwägung zwischen zumindest drei Grundproblemen: 1. verhindere ich durch Vermögensbildung das Risiko für Arbeitnehmer, 2. verändere ich dadurch die Einkommensverteilung - das sind ja ganz unterschiedliche Dimensionen. Und die dritte Frage ist, verändere ich dadurch die Machtverteilung in der Gesellschaft und in den Unternehmen. Und es ist fraglich, ob die Vermögensbildung in allen drei Dimensionen zu positiven Antworten führt.

### Karl Pitz, IG-Metall

Ich denke, daß genau die Frage nach der Abwägung zwischen verschiedenen

Grundlagen der Vermögenspolitik das eigentliche Problem einer Positionsbestimmung waren und auch künftig sein werden. Eine große Lösung auf dem Felde der Vermögensverteilung und der Mitbestimmung gleichzeitig zu machen, ist nicht möglich. Erst paritätische Mitbestimmung und dann sich sozusagen über Fondslösungen in die Macht einzuschleichen, ist nicht machbar. Deswegen ist es richtig, wenn im Programmwurf die entsprechende Überschrift nur noch heißt „Demokratie durch Mitbestimmung“. Es ist gut, daß der von Herrn Rosenthal im Eingangsstatement geforderte Zusatz „Mitbestitz“ fehlt. Der Partei muß geraten werden, auf diesen Zusatz zu verzichten, weil man beides in der Tat nicht haben kann. Dieses war ein Ergebnis der vermögenspolitischen Diskussion innerhalb der Gewerkschaften; darüber hinaus wurden andere Unvereinbarkeiten zwischen verschiedenen Grundzielen (Vermögenspolitik, Lohnpolitik, Staatsanteil) diskutiert, die alle auf das Ergebnis hinausliefen, daß man Prioritäten setzen muß.

Eines muß man heute jedoch in der vermögenspolitischen Debatte im Auge behalten: Es ist nicht ausgeschlossen, daß die betrieblichen Gewinnbeteiligungsmodelle einen neuen Schub erfahren. Wir beobachten heute, daß es einen Trend zur Dezentralisierung (weg vom Taylorismus und Fordismus) gibt. Im Bereich der Arbeitsorganisation bedeutet dies eine Hinwendung zu verschiedenen Formen von Gruppenarbeit - vom Qualitätszirkel bis zur autonomen Arbeitsgruppe. Wenn dies ein wesentlicher Trend für die Zukunft ist, dann könnten wir auch auf die Schnittstelle Vermögensverteilung stoßen. Wenn man sich z. B. den Tarifvertrag ansieht, den die amerikanische Automobilgewerkschaft mit General Motors über das Saturn-Modell geschlossen hat, dann findet sich darin auch eine Vereinbarung über betriebliche Ergebnisbeteiligung. Würde sich dieser Trend beschleunigen, so könnte über diesen

Umweg das alte Thema der Vermögenspolitik eine neue Aktualität erfahren. Das alles müßte man dann erneut diskutieren. Für den jetzigen Programmwurf der SPD kann dies allerdings keine Rolle spielen.

### Hermann Josef Wallraff

... Abraten möchte ich von der wieder schandurch immer wieder aufkommenden Hoffnung, man könnte durch Gesetz, zu deutsch mit Hilfe der Politiker, die Probleme, die uns auslösen, lösen. Ich rate den intellektuellen Gremien, den Gewerkschaften und ihren Gremien, sich nicht zu stark auf die Politiker und das Gesetz zu verlassen und es mit den Tarifpartnern zu versuchen. Je länger man zuschaut, desto mehr hat man den Eindruck, daß die Politiker und die Gesetzgeber in die Rolle des Notars hinüberwechseln.

### Ursula Konitzer

... Ich meine, wir brauchen eine ganz konkrete Vision für die Zukunft, eine Verbindung von Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmer mit konkreten Mitbestimmungsrechten unter vielfältigen Zielen zur Verbesserung der Situation der Arbeitnehmer im Einkommens- und Vermögensbereich, zur stärkeren Mitgestaltung und Mitbeteiligung der Arbeitnehmer an betrieblichen und Unternehmensgeschehen. Wir brauchen auch eine Vermögensbeteiligung, und hier über Arbeitnehmerbeteiligungsgesellschaften, unter dem Gesichtspunkt der strukturellen Einflußnahme, also einer gestaltenden Strukturpolitik. Nur das sind Fragen, die müssen in einzelnen sicherlich noch aufbereitet werden. Und daher meine ich, der Ansatz als solcher ist zukunftsweisend und richtig, auch wenn er im einzelnen noch ausgearbeitet werden muß.

# C. III

## AK Neue Formen des Wirtschaftens

### Michael Müller

... Ich verstehe die Diskussion über neue Selbstverwaltungsmodelle als einen strategischen Ansatz, um in einer hochentwickelten Gesellschaft ein neues Fortschrittsmodell praktisch im einzelnen zu versuchen, zu entwickeln und zu erproben, ohne dabei die Traditionslinie der bisherigen Industriegesellschaft völlig aufzugeben. Ich meine, die Neubelebung des Genossenschaftsgedankens ist neben vielen anderen Forderungen ein wichtiger Aspekt für den reformpolitischen Umbau. Die Genossenschaften haben mit ihren großen Beteiligungsformen und direkten Gestaltungsansätzen einen strategischen Wert für neue demokratische und ganzheitliche Arbeits- und Lebensformen. Vor allen Dingen die Rahmenbedingungen und Vernetzungsmöglichkeiten müssen durch öffentliche Hilfen verbessert werden, um die Startchancen zu verbessern und Fehlentwicklungen zu vermeiden.

### Sigrid Skarpellis-Sperk

... Die Frage ist, warum haben Genossenschaften nicht bessere Erfolge gehabt als bisher? Warum haben sie bis dato solche Probleme gehabt?

### Michael Kubatzki

... Da, wo sich wirtschaftlich gesehen Nachfrage entwickeln könnte, wo Genossenschaften einen Sinn haben, wo Selbstverwaltung einen Sinn hat, verspermt der Staat mit seiner gegenwärtigen Reglementierung oder Regulierung den Markt für neue innovative Formen des Wirtschaftens.

### Michael Müller

Ich glaube nicht, daß das so das entscheidende Problem ist. Ich meine vielmehr, die Schwierigkeit liegt darin, daß

gesagt wurde betrifft eigentlich die genossenschaftsähnlichen Strukturen.

### Rainer Hoffmann, Hans-Böckler-Stiftung

... Welches Verständnis vom Markt muß eigentlich entwickelt werden, damit solche Wirtschaftsformen Genossenschaften oder Selbsthilfebetriebe als wirtschaftliche Betriebe existenzfähig sind? ... In dem Zusammenhang ist bei den Genossenschaften ja auch interessant, daß es hier nicht nur um Partizipationsmodelle geht, sondern in vielen Ansätzen nach dem Gebrauchswert der Produkte, die man hier erstellt gefragt wird. Ich denke, das läßt sich sehr wohl auch auf der Ebene von Marktbedarf feststellen. Eine kaufkräftige Nachfrage, die aber organisiert werden muß. Und hier ist auch nochmals die Schnittstelle der Frage, wie halten wir es mit dem Markt. Und da kann man es sich nicht so einfach machen, wie es im Programmtext steht, so viel Markt wie möglich, sondern da müßte man eigentlich auch noch einmal die ganze Marktfrage wesentlich differenzierter angehen.

### Michael Kubatzki

Ich möchte auf die geschichtliche Entwicklung der Alternativbetriebe eingehen ... Man wollte eine Gegenkultur aufmachen. Man wollte das Problem lösen, daß es Demokratie in einem Betrieb geben kann, die es sonst nicht gegeben hat. ... Wenn wir über Alternativbetriebe oder über neue Genossenschaften sprechen, bewegen wir uns erst einmal weit in den Bereich der Kleinen und Kleinstselbständigen ... Das heißt, die Frage, warum funktioniert es wirtschaftlich da nicht so besonders und warum ist das Einkommen so gering, warum ist die Sicherheit so gering, beantwortet sich aus den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, in denen diese Projekte angesiedelt sind. ... Das heißt, wenn die Nachfrage oder die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Marktes stimmen, dann haben auch solche Betriebe, die auf einer demokratischen Basis wirtschaften, eine relativ gute Chance.

### Wolfgang Engelhardt, Universität Köln

... Ich würde vorschlagen, scharf zu differenzieren zwischen Genossenschaften im Rechtssinne, Genossenschaften im wirtschaftlichen Sinne in unterschiedlichen Rechtsformen, die dann in Richtung genossenschaftlicher Prinzipien wirken schließlich genossenschaftsähnlichen Strukturen. Das meiste, was hier

wettbewerb, etwa durch wirtschaftliche Formen der Genossenschaften oder genossenschaftsähnliche Strukturformen entwickelt, je mehr man das tut und solche Formen einsetzt, um so mehr kann man auf staatliche Planungselemente verzichten. Aber in keinem Fall würde ich glauben, daß man auf rahmenstiftende Instrumente des Staates völlig verzichten kann ... Ein Wort noch zur Frage der Selbstausbeutung. Wir haben es hier eben mit gemeinsam selbstständig Tätigen zu tun. Und da hätte ich nichts dagegen, daß sie sich u. U. auch selbst ausbeuten und eine Zeit lang oder auf die Dauer auf bestimmte Vergünstigungen verzichten, auf die sie als bloße Arbeitnehmer natürlich Anspruch hätten.

### Michael Kubatzki

... Wir sind in der GBA, als Selbständige in der Genossenschaft sind wir angestellt, da haben wir Teilzeilverträge, weil wir über die Gewinnverteilung mehr bekommen, als wenn wir das über tarifvertragliche Verhältnisse machen würden. ... Ich glaube, für die Gewerkschaften heute sind solche Positionen nicht annehmbar, weil in dieser Form es sich nicht generalisieren läßt. ... Ist ein Betrieb so organisiert, dann sind Teilzeilverträge qualitativ anders, Gewinnbeteiligung etwas, was durchaus adäquat ist, was von uns selber bestimmt wird, wo wir uns gar nicht beschnitten sehen ...

### Michael Müller

... Wir müssen gesellschaftliche Bindungsformen, andere gesellschaftliche Gestaltungsmöglichkeiten finden, die wieder reformpolitische Wege eröffnen. Da ist die Diskussion über Genossenschaften oder über genossenschaftliche, das heißt kooperative und zugleich partizipative Modelle eine Chance. Mehr ist hier nie gesagt worden ...

### Michael Müller

... Wo ich vor allem genossenschaftlich größere Marktchancen sehe, ich glaube, daß es im Bereich der Dienstleistungen sehr viel an Entfaltungsmöglichkeiten gibt, wobei ich hier moderne, kulturelle Dienstleistungen meine.

### Wolfgang Spieker, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des DGB/WSI

... Die Produktivgenossenschaften haben ja immer das Risiko, daß das Überleben gewährleistet wird durch Formen der Selbstausbeutung ... Aus gewerkschaftlicher Sicht muß ich sagen, wir würden alle größten Wert darauf legen, daß unsere Tarifverträge auch dort volle Geltung haben, wo gemeinschaftliche Formen sind ...

### Wolfgang Engelhardt

... Eine wichtige Form des Wettbewerbs ist der Wettbewerb der Unternehmenstypen. ... Je mehr man Struktur

# D)

## Zusammenfassung

### Hans-Ulrich Klose

... Das Stichwort Entideologisierung ist mir aufgeschossen. Denn es ist doch so, daß die Sozialdemokratische Partei nach ihrem Selbstverständnis eine Programm- und Ideologienpartei ist, die am Fortschritt und Aufklärung glaubt und eben auch an die Vernunft. Sie glaubt an die Vernunft in diesem Fall von Unternehmern in gleicher Weise wie an die Vernunft von Arbeitnehmern und dieser Glaube ist, denke ich, das Gegenteil von Ideologie.

Dann gab es eine Bemerkung zu Irsee, das sei nicht Demokratie, sondern eher Demokratismus. Das, meine Damen und Herren, schmerzt. Denn die Sozialdemokratische Partei ist von Anfang an eine Vorkämpferin für Demokratie, für parlamentarische Demokratie gewesen und sie hat diesen Wert nicht nur aufgeschrieben, sondern sie hat ihn auch praktiziert, auch in schwierigen Zeiten als andere umfielen und wir haben, daran darf man erinnern, dieses Land modernisiert unter dem Motto: Mehr Demokratie wagen... Demokratismus nein, das kann ich nicht akzeptieren. Eine Bemerkung von Friedhelm Fahlmann an dieser Stelle möchte ich aufgreifen. Er habe in seinem Leben noch nie Aktien gekauft. Ich finde das verständlich und sogar sehr sympathisch und trotzdem bedenkl. weil ich vermute, er befindet sich in einer Einkommensklasse, wo er gelegentlich Geld angelegt hat. Sollte es nur in die Geldanlage gegangen sein, dann würde ich ihn bitten, über die Problematik noch einmal nachzudenken.

Wir reden über Demokratisierung, Mitbestimmung, Vermögensbeteiligung und damit reden wir natürlich über Ordnungspolitik und Ordnungspolitik war der Diskussionsgegenstand des heutigen Vormittags. Vielleicht ist es sinnvoll, um Mißverständnisse zu beseitigen, die ordnungspolitischen Vorstellungen der Autoren des Irsee-Programms noch einmal kurz zu skizzieren: Wir sagen ja zu Markt und Wettbewerb, und zwar ohne jedes schlechte Gewissen. Wir sagen aber auch, weil

es geschichtlicher Erfahrung entspricht, der sich auch Unternehmer nicht entziehen können, daß der Markt bestimmte Aufgaben nicht lösen kann. Er kann die sozialen Probleme nicht lösen. Er kann die ökologischen Probleme nicht lösen, wenn überhaupt, dann nur zu einem kleinen Teil. Und er wird/soll nach meiner festen Überzeugung auch die Probleme der Arbeitslosigkeit nicht lösen. Wenn das aber so sein sollte, dann ist in solchen Defizitbereichen staatliches Handeln erforderlich. Insoweit besteht Einigkeit, insoweit kann man sagen: nichts Neues. Aber es gibt doch etwas Neues, denn in der Vergangenheit hat sich jedenfalls praktische Wirtschaftspolitik im wesentlichen darauf beschränkt, im nachhinein Defizite, die entstanden sind, zu reparieren. Der Irsee-Entwurf geht aus von der, ich gebe es zu, ungewöhnlich optimistischen Auffassung, daß man schon am Anfang gestaltend eingreifen kann, um das Entstehen von Defiziten zu vermeiden, oder Schäden in den Größenordnungen zu minimieren.

Viertens, wer gestalten will, muß planen und deshalb haben wir in dem Entwurf von staatlicher Rahmenplanung gesprochen. Das heißt nicht, daß wir neue Instrumente aus der „Folklore des Sozialismus“ herausziehen, sondern, daß wir mit den vorhandenen Instrumenten, die ja so gering gar nicht sind, zielgerichteter und planvoller arbeiten wollen. Es geht um den besseren Einsatz der vorhandenen Gestaltungsinstrumente. In diesem Zusammenhang sind zwei Punkte wichtig für Arbeitnehmer und für Arbeitgeber. Jedes Unternehmen plant, arbeitet mit Zielen über einen längeren Zeitraum und jedes Unternehmen braucht für seine Arbeit, verlässliche Rahmenbedingungen, die vielfach nicht von den Unternehmen gesetzt werden, sondern von der Politik. Ich nenne die Haushalts-, die Sozialpolitik und die Umweltpolitik, um nur drei Bereiche zu nennen.

Der Staat, die Politik muß planen, das ist der zweite Punkt. Zum einen um die Effektivität des Handelns und Regierens zu erhöhen, dazu gehört ja schon etwas

wie handwerkliche Kunst, die wir gelegentlich in diesen Tagen vermissen. Zum anderen, weil auch die Wirtschaft, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, Verlässlichkeit für überschaubare Zeiträume braucht. Wer aber Verlässlichkeit von staatlichem Handeln fordert, der fordert in Wahrheit, daß der Staat planvoll handelt. Ich wiederhole also, es geht nicht um neue Instrumente, sondern um den Einsatz vorhandener Instrumente und deshalb bleibt der Satz aus dem Godesberger-Programm richtig: Planung soweit wie nötig, Wettbewerb so weit wie möglich. Wir streiten allenfalls darüber, was nötig und was möglich ist. Die einzige ordnungspolitische Veränderung, die wir vorgenommen haben, die allerdings, wie ich zugebe, nicht unwichtig ist: wir wollen den Staat herausheben aus der Rolle eines Reparaturbetriebes. Wir sind nicht gegen die soziale Marktwirtschaft, sondern in diesem Sinne für eine neue soziale Marktwirtschaft.

Weil wir ja sagen zu Markt, zu Wettbewerb, sagen wir auch ja zu freier Unternehmerfähigkeit. Wir wollen Unternehmer, die etwas unternehmen. Es gibt aber keinen Grund anzunehmen, daß die Unternehmer nur dann etwas unternehmen, wenn sie Eigentümer sind. Im Gegenteil, Eigentümer können jedenfalls in der Generationenabfolge, das beobachtet man leider allzu oft, ganze Betriebe und Arbeitsplätze ruinieren. Deshalb muß Unternehmermacht legitimiert werden durch Kapital und Arbeit. Arbeitnehmer sind am Wohlergehen des Unternehmens, ihres Unternehmens mindestens so sehr interessiert wie Kapitalgeber. Deshalb sind wir für Mitbestimmung und betonen in diesem Zusammenhang, daß Mitbestimmung auch eine Produktivkraft ist, daß sie die Qualität der unternehmerischen Entscheidung erhöhen und die Akzeptanz von Entscheidungen in schwierigen Fällen ebenfalls erhöhen kann. Mitbestimmung am Arbeitsplatz und im Betrieb wird allgemein bejaht, nicht immer praktiziert, aber bejaht. Auf Unternehmensebene ist sie jedenfalls, wenn die Parität gefordert wird, umstritten. Mitbestimmung im Sinne von Interessenvvertretung und Legitimation funktioniert aber nur, wenn sie auf allen Ebenen praktiziert wird. Darauf ist in dieser Arbeitsgruppe zu recht hingewiesen worden. Zur Mitbestimmung auf regionaler und gesamtwirtschaftlicher Ebene: Tatsache ist doch, daß Mitbestimmung all-

zu oft scheitert, praktisch ins Leere läuft, weil betriebliche und unternehmerische Entscheidungen beinflusst, ja sogar beherrscht werden von Entwicklungen und Entscheidungen, die gar nicht in den Unternehmen getroffen werden, sondern die außerhalb der Unternehmen ablaufen und getroffen werden. Wäre denn, frage ich, die Diskussion um Rheinhausen entstanden, wenn nur aus unternehmerischer Sicht entschieden worden wäre. Wäre dann dieses Unternehmen zur Stilllegung vorgeschlagen worden? Wie hätte die Entscheidung in Wahrheit gelaute? Weil das aber so ist, daß es Einflußfaktoren von außerhalb der Unternehmen gibt, muß Mitbestimmung auch auf regionaler und gesamtwirtschaftlicher Ebene realisiert werden, zumindest in der Bedeutung von Mitberatung und öffentlichem Legitimationszwang. Ob es möglich wird, solchen Gremien überregionale Strukturdatenkompetenzen zu geben, ist eine Sache, die im Streit ist und bei der man in der Tat sehr zweifeln kann.

Richtig ist meines Erachtens, daß das letzte Entscheidungsrecht der Hauptversammlungen problematisiert werden muß, es ist hoch an der Zeit, daß dies geschieht. Richtig ist meines Erachtens weiter, daß wir eine neue Unternehmensverfassung brauchen. Gewinne zu erzielen, kann nicht das einzige Unternehmensziel sein. Vollbeschäftigung, soziale Verteilungsgerechtigkeit, ökologische Verträglichkeit sind andere Ziele, die zu Unternehmenszielen gemacht werden müssen.

Zum Stichwort, Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen. Ich bin schon seit längerem zu tiefst überzeugt, daß dies sein muß, aus Gründen der Verteilungsgerechtigkeit und der Machtbegrenzung. Gestritten wird allerdings darüber, wie dies geschehen kann. Die erste Programmkommission hat sich für tarifvertraglich verbundene überbetriebliche Fonds entschieden, nicht zuletzt, weil nur so Risikostreuung möglich ist und, weil man nur so Arbeitnehmer aus nichtproduktiven Bereichen beteiligen kann, z. B. den öffentlichen Dienst. Unsere Vorschläge zielen also nicht in erster Linie auf die betriebliche Ebene ab, auch weil wir Angst haben, daß wir, wenn auf betrieblicher Ebene organisiert, reihenweise Kleinkapitalisten produzieren, die mit der entsprechenden Mentalität. Ich möchte allerdings darauf hinweisen, daß andererseits die Fondslösung das

Denken und Handeln in den Kategorien der Geldanlage fördern kann. Ein Problem, über das man mindestens nachdenken muß.

Das Stichwort Subventionen reizt mich sehr und ich wünsche, ich hätte lange Zeit. Denn da habe ich Erfahrung und zwar nicht nur theoretische, sondern ganz praktische. Ist wirklich der Staat verantwortlich für die Existenz von Subventionen oder sagen wir für das Subventionswesen oder -unwesen, das wir heutzutage haben? Sicher auch, aber Unternehmen, die auf Subventionen verweisen und sie beklagen, sollten ehrlich genug sein, einzuräumen, daß

schon schwer, als noch Sozialdemokraten in Bonn regiert haben. Aus praktischer Erfahrung mit der Vergabe von Subventionen, mit der Formulierung von Auflagen und deren Kontrolle bin ich immer der Auffassung gewesen, daß bei der Beantragung und Verwendung von Subventionen Mitbestimmung praktiziert werden sollte.

Das Stichwort Strukturkrisen würde ebenfalls zu einem längeren Beitrag reizen. Feststellen muß man, daß Strukturkrisen bei uns miserabel gemanagt werden, weder demokratisch noch rational. Die Wertekrise war dafür ein Beispiel und die Stahlkrise ist, befürchte



Philp Rosenthal, Christoph Züpel, Hans-Ulrich Klose

es heute, ich formuliere das mit nur geringer Übertreibung, fast keine große Investition mehr gibt, die ohne Subventionen getätigt wird, die man als handlungsreicher Politiker im Sinne von Wirtschaftsförderer ja noch gerne zahlt, wenn es positive Investitionsentscheidungen sind. Bedauerlicherweise gilt das gleiche ja auch im negativen Fall, wenn es um Betriebsstilllegung geht. Immer wird auf irgendeine Art und Weise der Staat zur Kasse gebeten. Selbst im Stahlbereich haben wir das doch gerade miterlebt. Wer hilft denn bei der Abfederung der sozialen Konsequenzen? Der Staat. Ich weiß, es ist wahnsinnig schwierig jetzt an dieses Subventionsthema heranzugehen. Das war, als ich das einmal zum Thema gemacht habe,

ich, dafür ein Beispiel. Wobei ich auf niemanden mit Finger zeigen will, denn zu dem schlechten Management haben Politiker, Unternehmer, Gewerkschaften und Betriebsräte beigetragen. Im nachhinein, ich bekenne es persönlich, wäre ich besser dran gewesen, in Hamburg, wenn ich statt über Jahre und Jahre Subventionen zu zahlen in einem Wettlauf, der ohnehin nicht zu gewinnen war, wenn ich dieses Geld benutzt hätte, um neue Strukturen aufzubauen, beispielsweise die Technische Universität viel viel früher zu realisieren. Am Ende ist man nämlich häufig in der Situation, daß man mit Subventionen defensiv gehandelt hat, am Ende verliert man diesen Kampf und hat nicht das Geringste getan, um zukunftsrichtige Er-

satzarbeitsplätze aufzubauen. Am schlimmsten dran sind dabei die Arbeitnehmer. Dieses Problem in den Griff zu bekommen, ein besseres Strukturmanagement, das ist eine der Fragen, um die wir uns noch kümmern müssen.

Es gibt ein Wort von Tucholsky, sinngemäß: Die Sozis haben geglaubt, sie wären an der Macht, dabei waren sie bloß an der Regierung. In diesem Satz drückt sich etwas aus, das nachdenkenswert ist. Es gibt ja tatsächlich die sogenannte Machtfrage, über die die Sozialdemokraten diskutiert haben und diskutierten, seit es Sozialdemokraten gibt. Wir haben in dieser langen, langen Diskussion gelernt, daß die Lösung dieser Machtfrage schon auf nationaler Ebene sehr schwer, wenn überhaupt möglich ist. Wie sieht es denn aus auf der internationalen Ebene? Ilse Brüst,

ist mir aufgefallen, hat die Frage der Mitbestimmung in multinationalen Konzernen in der Arbeitsgruppe Mitbestimmung gestellt; es ist mir aber auch gefallen, daß keiner darauf eingegangen ist. Die Frage ist offen geblieben, weil wir in der Tat für dieses Problem eine vernünftige, wirksame Lösung noch nicht anbieten können.

Was ist das Fazit unserer Programmdiskussion bisher? Es sind noch sehr viele Fragen offen. Wir werden noch sehr viel miteinander diskutieren müssen. Die Programmdiskussion geht weiter. Sie zirkelt am Ende um eine für die Sozialdemokratie, aber — denke — ich für die Zukunft aller Menschen wichtige Frage; nämlich die Frage, was heißt in unserer Zeit auf absehbare Zeit Fortschritt? Daß Fortschritt nur ökonomisch und technisch definiert werden könnte, das

glaubt niemand mehr und das können wir uns auch nicht leisten. Daß Fortschritt anders definiert werden muß, gesellschaftlich, oder ganz einfach so: Fortschritt ist das, was den Menschen hilft, ihr Leben menschenwürdig zu gestalten und was diesem Ziel entgegensteht ist nicht Fortschritt — das alles wissen wir. Daraus aber die praktischen Konsequenzen zu ziehen, auch für mehr Demokratie in der Wirtschaft, das fällt schwer, wie der heutige Tag gezeigt hat. Ich danke Ihnen allen, daß Sie gekommen sind, zugehört, sich beteiligt haben an der Diskussion. Ich danke den Referenten, aber ich danke auch denen, die dieses Forum vorbereitet haben; das kostet nämlich sehr viel organisatorische, schlichte organisatorische Arbeit. Der Beitrag, der da geleistet worden ist, soll am Ende dieser Veranstaltung nicht vergessen werden.

Für die Überlassung der Fotos danken wir dem dpa-Bildredakteur und Rolf Braun.  
Hervorhebungen im Text erfolgten durch den Herausgeber.

Herausgeber: Vorstand der SPD, Programmsekretariat, Orlenhauerstraße 1, 5300 Bonn 1  
Druck: Gebrüder Molberg GmbH, 5300 Bonn 3 - 8-88 - A1 - 4 Bestell-Nr. 320 874